

Durchbruch bei der Zinsbesteuerung

Sparer werden kräftig entlastet

Gute Nachrichten gibt es für die Sparer in Deutschland: 80 Prozent der jetzt noch Steuerpflichtigen werden nach dem Koalitionsbeschluß von der Besteuerung der Einkünfte aus Kapitalvermögen freigestellt. Das sind die Eckwerte der neuen Regelung:

- Der Sparerfreibetrag von z. Z. 600/1.200 DM (Ledige/Verheiratete) wird ab 1. Januar 1993 auf 6.000/12.000 DM angehoben und damit verzehnfacht (Die SPD sprach sich lediglich für eine Verhundertfachung aus).
- Der vermögenssteuerliche Freibetrag für das zugrundeliegende Kapitalvermögen von z. Z. 10.000 DM wird auf 100.000 DM angehoben.
- Die steuerliche Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen und die Besteuerung der Alterseinkünfte wird ab 1993 verbessert:
 - ▶ durch die Anhebung des Sonderausgaben-Vorwegabzugs von 4.000/8.000 DM (Ledige/Verheiratete) auf 6.000/12.000 DM; und durch die Berücksichtigung des steuerfreien Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung statt wie bisher mit bis zu 12 Prozent künftig mit bis zu 16 Prozent (damit wird vor allem den Forderungen der Mittelständler entsprochen);
 - ▶ durch die Anhebung des Grundhöchstbetrages für Vorsorgeaufwendungen von Arbeitnehmern und

(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● Europa

Bundeskanzler Helmut Kohl: Die deutsche und die europäische Einigung sind für uns zwei Seiten ein und derselben Medaille. Aus der Regierungserklärung vom 6. November 1991. Seite 3

● Außenpolitik

Alfred Dregger: Von der Westbindung bis zur Wiedervereinigung führt eine ununterbrochene Linie. Seite 10

● Energie

Eckdaten für eine zukünftige deutsche Energiepolitik. Seite 17

● Steuern

Weihnachtsgeld: Verunsicherungskampagne der SPD geht an den Realitäten vorbei. Seite 21

● Deutschlandtag

Junge Union will sich fit machen für die Erneuerung der Union. Seite 30

● Öffentlichkeitsarbeit

Jetzt bestellen: Für Weihnachten und Winter. Seite 35

Liebe UiD-Leser!

Mit dieser Ausgabe können wir einige Tausend neue Leser in den neuen Bundesländern begrüßen. Der UiD wird von jetzt ab in den neuen Landesverbänden nach dem gleichen Schlüssel verteilt wie in den anderen. Das heißt z. B.: an alle CDU-Ortsvorsitzenden und Kreisvorstandsmitglieder, an alle CDU-Fraktionsvorsitzenden im Gemeinderat, im Stadtrat und im Kreistag, an alle Kreisvorsitzenden der Vereinigungen.

Noch ist der UiD-Verteiler in den neuen Ländern nicht vollständig, aber das wird sich in der nächsten

Zeit schnell ändern. Mit dem fortschreitenden Aufbau der zentralen Mitgliederkartei wird auch der UiD-Verteiler vervollständigt.

Alle, die den UiD heute zum ersten Mal erhalten, begrüßen wir sehr herzlich. Wir hoffen, daß Ihnen unsere Informationen, Argumentationshilfen, Dokumentationen sowie die Vorstellung neuer CDU-Informations- und Werbematerialien bei Ihrer Arbeit vor Ort eine nützliche Hilfe sind.

Für Anregungen, Kritik und auch Lob sind wir stets dankbar.

Ihre UiD-Redaktion

(Fortsetzung von Seite 1)

Selbständigen von 2.340/4.680 DM (Ledige/Verheiratete) auf 2.610/5.220 DM mit entsprechender Verbesserung beim hälftigen Höchstbetrag;

- ▶ durch die Anhebung des Versorgungsfreibetrages von 4.800 DM auf 6.000 DM;
- ▶ durch die Anhebung des Altersentlastungsbetrages von 3.720 DM auf 6.000 DM.

Für Zinserträge, die den Sparerfreibetrag überschreiten, wird ein Zinsabschlag von 25 Prozent fällig (wie bisher schon bei Dividenden). Der erhöhte Sparerfreibetrag wird aber sofort berücksichtigt. Der Sparer kann gegenüber seiner Bank erklären, bis zu welcher Höhe Kapitalerträge unterhalb des Sparerfreibetrages vom Steuerabzug ausgenommen werden sollen (Freistellungsauftrag), d.h. man kann den Sparerfreibetrag auch auf mehrere Konten bei mehreren Banken verteilen.

Durch dieses Verfahren wird die weit überwiegende Mehrzahl der Zinseinkommen von vornherein steuerfrei gestellt. Mit dieser neuen Regelung erfolgt eine einfache und gerechte Besteuerung von Kapitaleinkünften. Der durchschnittliche Sparer wird nicht mehr belastet, und gleichzeitig werden die Schlupflöcher zur Steuerhinterziehung beseitigt. Dabei bleibt das Bankgeheimnis voll gewahrt (Die SPD plädierte für Stichprobenkontrollen!).

Presse-Echo im In- und Ausland positiv

Gleichzeitig werden die Kapitalmärkte geschont. Geld, das zum Wiederaufbau in den neuen Ländern dringend gebraucht wird, bleibt dem deutschen Kapitalmarkt erhalten. Banken und Sparkassen haben bereits kurz nach Bekanntgabe des Beschlusses ihre Zustimmung signalisiert. Das Presse-Echo im In- und Ausland ist positiv.

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Die deutsche und die europäische Einigung sind für uns zwei Seiten ein und derselben Medaille

Zu den wichtigsten Aufgaben, die vor uns liegen, gehört es, die beiden Regierungskonferenzen über die Politische Union sowie die Wirtschafts- und Währungsunion beim Europäischen Rat in Maastricht zum Erfolg zu führen.

Ich bin mir über die Schwierigkeit dieser Aufgabe sehr wohl im klaren. Ich weiß auch, daß unser Handeln auf dem Weg nach Europa mit viel Skepsis begleitet wird. Aber die Erfolge der letzten Jahre und Jahrzehnte sollten uns dazu bewegen, die Schwierigkeiten zu meistern und mit Mut und Entschiedenheit für unsere Meinung einzutreten.

Zwischen diesen beiden Konferenzen besteht für uns Deutsche ein unauflöslicher Zusammenhang. Man kann dies nicht oft genug sagen. Die Politische Union ist das unerläßliche Gegenstück zur Wirtschafts- und Währungsunion.

Die jüngere Geschichte, und zwar nicht nur die Deutschlands, lehrt uns, daß die Vorstellung, man könne eine Wirtschafts- und Währungsunion ohne Politische Union auf Dauer erhalten, abwegig ist.

Wir haben in den letzten zwei Jahren, vor allem im letzten Jahr, oft genug darauf hingewiesen, daß die Vollendung der deutschen Einheit nur ein Teil jenes historischen Auftrags ist, den schon die Männer und Frauen im Parlamentarischen Rat

bei der Formulierung unseres Grundgesetzes verspürt haben.

Die deutsche Einheit und die europäische Einigung sind für uns die zwei Seiten derselben Medaille. Das muß jetzt deutlich werden.

Dieser Vertrag ist der Testfall für die Bereitschaft der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, ihr Schicksal unwiderruflich miteinander zu verknüpfen.

Die Politische Union muß zunächst klare Grundlagen für eine gemeinsame Außen-

Aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 6. November 1991 im Deutschen Bundestag

und Sicherheitspolitik schaffen. Hierzu gehört auch der Einstieg in außenpolitische Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit, insbesondere da, wo es um die Frage der Durchführung solcher Entscheidungen geht.

Wir streben zugleich an, daß die Außenpolitik stärker in den gemeinschaftlichen Institutionen verankert wird. Dabei muß nach unserer Überzeugung auch die Kommission einbezogen werden.

Nur wenn es uns nach den schwierigen Anfangszeiten gelingt, in der Außenpolitik in Europa mit einer

Stimme zu sprechen und gemeinsam zu handeln, werden wir auch weltweit unserer politischen Verantwortung gerecht.

Das künftige Zusammenleben in einem Europa ohne Binnengrenzen erfordert auch, daß wir uns mit unseren Partnern auf gemeinschaftliches Handeln in Kernbereichen der Innen- und Justizpolitik verständigen:

● Wir brauchen unbedingt — auch wenn es bei uns in der Bundesrepublik noch nicht alle glauben — eine mittelfristig mit grenzübergreifenden Befugnissen ausgestattete europäische Polizei, um vor allem im Kampf gegen die Drogenmafia und das organisierte Verbrechen bestehen zu können.

● Wir brauchen ebenso dringend eine in ihren wesentlichen Elementen einheitliche europäische Politik in bezug auf Einwanderungs- und Asylfragen.

Wir haben zu beiden Themen Vorschläge gemacht und der Regierungskonferenz Impulse gegeben. Es wird jetzt, wie immer in solchen Sachen, streitig diskutiert. Wir werden unsere Position nachdrücklich vertreten.

Dabei ist mir sehr wohl bewußt, daß wir damit schwieriges europäisches Neuland betreten.

Angesichts der dramatischen Entwicklung müssen wir aber jetzt das Notwendige tun und über den bisherigen Rahmen der rein zwischenstaatlichen Zusammenarbeit hinausgehen.

Im Zusammenhang mit der Politischen Union wird sich die Bundesregierung mit allem Nachdruck für die Verstärkung der Rechte des Europäischen Parlaments einsetzen.

Ich muß Ihnen ehrlich gestehen: Als wir vor einem Jahr bei der ersten EG-Konferenz zu diesem Thema in Rom zusammenkamen — die zweite war dann im

Dezember —, hätte ich nicht damit gerechnet, daß wir in der Frage der Verstärkung der Rechte des Europäischen Parlaments auf solche Schwierigkeiten stoßen würden.

Mir ist es letztlich auch unverständlich, wie man in dieser Frage so zögerlich sein kann. Denn ich kann mir nicht vorstellen, daß wir im Juni 1994 die Wähler in EG-Europa wieder zur Wahlurne rufen, um in freier, geheimer und direkter Wahl ein Parlament zu wählen, das die wirklichen Parlamentsrechte nicht besitzt. Ich halte das für unmöglich.

Ich verstehe letztlich auch nicht, warum einige unserer Partner Probleme damit haben, dem Parlament die Möglichkeiten zu geben, die Kommission zu wählen — damit nehmen wir anderen ja keine Rechte weg —, ihm das Recht zur Miteinscheidung bei den legislativen Akten der Gemeinschaft zu geben. Man könnte die Liste noch erweitern.

Wenn ich dies sage, bin ich sicher, daß wir alle gemeinsam wissen, daß unser Ziel nicht ein bürokratisches, sondern ein demokratisch verfaßtes Europa ist. Wir wollen kein zentralistisches, sondern ein föderales und bürgernahes Europa, das sich dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet weiß.

Das heißt, wir wollen, daß in der zukünftigen Zentrale — ich nenne einmal Brüssel — eben nur solche Entscheidungen getroffen werden, die auf der Ebene der Mitgliedstaaten nicht wirksam getroffen werden können.

Wir wollen auch, daß in diesem künftigen Europa die Regionen ihre legitimen Interessen in die Gemeinschaft einbringen können.

Die Erfahrungen in Deutschland, nicht

zuletzt an den Westgrenzen unseres Landes, in den letzten 30 bis 40 Jahren in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit benachbarter Regionen sind so positiv, daß ich nur hoffen kann, daß sich jetzt ähnliches in Ostdeutschland, an der Grenze zu unseren östlichen Nachbarn, vollziehen wird.

Wenn Sie die Diskussion in den alten, klassischen Zentralstaaten — ich nenne beispielsweise Frankreich — verfolgen, sehen Sie, daß überall eine starke Tendenz zu verspüren ist — für uns eine besonders sympathische Tendenz —, auch durch eine Dezentralisation der Machtbefugnisse Entscheidungen möglichst nahe bei den Bürgern zu treffen. Diese Erfahrung darf in Europa nicht verlorengehen.

In diesem Sinne haben wir in Übereinstimmung mit den Bundesländern der Regierungskonferenz die Bildung eines Regionalgremiums mit beratender Stimme vorgeschlagen. Ich mache kein Hehl daraus, daß es noch viel, viel Arbeit kostet, um diese Idee und diese Überzeugung unseren Partnern nahezubringen.

Bei den Verhandlungen über die Wirtschafts- und Währungsunion entwickelt sich — auch das ist eine Erfahrung positiver Art aus dem letzten Jahr — sehr viel schneller ein breiter Konsens über die Grundpositionen, die wir vertreten:

Erstens: In der Zwischenstufe ab 1994 verbleibt die Zuständigkeit für die Geldpolitik und die Verantwortung für die Geldwertstabilität in den Mitgliedstaaten uneingeschränkt bei den nationalen Zentralbanken. Es wird keine „Grauzone“ in dieser Vorbereitungsphase geben.

Zweitens: Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion setzt eine marktwirtschaftliche und stabilitätsgerechte Wirtschaftspolitik voraus, die die

unabdingbare Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung der Mitgliedstaaten schafft.

Drittens: In der Endstufe wird ein unabhängiges europäisches Zentralbanksystem geschaffen, das allein für die einheitliche Geldpolitik zuständig und vorrangig der Geldwertstabilität verpflichtet ist.

Die Wirtschafts- und Finanzminister der Europäischen Gemeinschaft sind sich in ihren Beratungen einig, daß alle Mitgliedstaaten die Entscheidung über den Übergang zur Endstufe der Wirtschafts- und Währungsunion gemeinsam treffen sollen.

Dabei gelten drei Grundsätze, über die sich der Europäische Rat bereits im Juni in Luxemburg verständigt hatte:

Erstens: Kein Mitgliedstaat darf den Übergang einer Mehrheit von Mitgliedsländern in die dritte Stufe verhindern. Ich denke, jeder versteht, daß in diesem einfachen Satz sehr viel politischer Sprengstoff enthalten ist.

Zweitens: Kein Mitgliedstaat wird gegen seinen Willen zur Mitgliedschaft in der Endstufe der Wirtschafts- und Währungsunion gezwungen.

Drittens: Kein Mitgliedstaat kann von der Endstufe ausgeschlossen werden, wenn er die wirtschaftlichen und institutionellen Voraussetzungen erfüllt.

Die vergangenen Wochen und Monate haben gezeigt, daß sich diese Verhandlungen keineswegs — das war auch nicht anders zu erwarten — einfach gestalten. Das sollte angesichts der Zahl und der Vielschichtigkeit der Themen auch niemanden überraschen. Aber ich bin sicher, daß sich alle Partner der einmaligen Herausforderung und auch der einmaligen Chance dieser Regierungskonferenzen bewußt sind und den Erfolg wollen.

Ich will in diesem Zusammenhang ausdrücklich der niederländischen Präsidentschaft und insbesondere dem Ministerpräsidenten Lubbers für die Mühe danken und versichern, daß wir alles daran setzen wollen, sie bei ihrer sehr schwierigen Aufgabe zu unterstützen.

Eine weitere wichtige Etappe auf dem Weg zur Europäischen Union wird die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes zum 31. Dezember 1992 sein.

Zu diesem Zeitpunkt sollen in Europa aber nicht nur für die Bürger der Europäischen Gemeinschaft die Binnengrenzen fallen. Seit dem Durchbruch vom 22. Oktober 1991 können wir davon ausgehen, daß dann zugleich der noch größere europäische Wirtschaftsraum — für insgesamt 380 Millionen Bürger — Wirklichkeit wird. Dies ist eine Entwicklung von einer ungeheuren politischen Bedeutung.

Ich bin sicher, daß die Zustimmung zum EWR-Vertrag für die meisten unserer EFTA-Nachbarn nur ein erster Schritt auf dem Weg zum EG-Beitritt sein wird. Wir hoffen, daß diejenigen, die diese Diskussion jetzt führen, sie bald zu Ende bringen.

Wir begrüßen, daß beispielsweise in Schweden die Diskussion an einem Punkt angelangt ist, der es zuläßt zu sagen: Wir rechnen damit, daß damit zu rechnen ist, daß Schweden 1995 der Gemeinschaft beitrifft und Österreich ähnliches tun wird. Ich bin ganz sicher, daß das schwedische Beispiel nicht ohne Eindruck und Wirkung auf die Nachbarn in Nordeuropa, auf Norwegen und Finnland, sein wird.

In Erinnerung an eine Debatte, die wir im Zusammenhang mit dem Beitritt von Spanien und Portugal hatten, will ich jetzt doch sagen, daß es richtig war, den Beitritt Spaniens und Portugals zu forcieren,

obwohl damals mancher — auch in Deutschland — der Meinung war, der Beitritt werde dazu führen, daß die EG, wie man sagte, südlastig werde. Damals ist die Befürchtung geäußert worden, daß Nordeuropa, ein entscheidender Bestandteil Europas, den Weg in die EG nicht finden werde.

Wir begrüßen die Diskussionen und die Entscheidungen, die dort getroffen werden. Wir wünschen, daß die Zeitpläne, über die man jetzt diskutiert, auch eingehalten werden. Die Bundesrepublik Deutschland wird jedenfalls jede Unterstützung dabei geben.

Eine weitere ganz wichtige, zentrale Aufgabe europäischer Politik bleibt es, den jungen Demokratien in Mittel-, Ost- und Südosteuropa beim Umbau ihrer Wirtschaft und Gesellschaft tatkräftig zu helfen.

Wir sollten daher alles daran setzen, die Assoziierungsverträge der Europäischen Gemeinschaft mit Ungarn, mit Polen und der ČSFR noch in diesem Jahr unter Dach und Fach zu bringen.

Ferner sollten wir die baltischen Staaten bei der Festigung ihrer politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit unterstützen.

Ich denke, auch im Blick auf spätere Entwicklungen der Europäischen Gemeinschaft ist es wichtig, daß die eben genannten Länder wissen, daß wir ihnen auf ihrem Weg nach Europa helfen wollen.

Das Zeitmaß, das hier in Frage kommt, wird sicherlich ein anderes sein als das bei den vorher genannten Ländern wie Schweden und Österreich. Es ist aber ein großer Unterschied, ob man in Warschau, in Prag oder in Budapest weiß, daß man erwünscht ist, oder ob wir diesen Ländern mit einer quasi neutralen Distanz begegnen.

Ich kann mir sehr wohl vorstellen, daß man über die jetzt abzuschließenden Assoziierungsverträge zu einer Art von Beratunmechanismus kommt, der schon in dieser Zwischenzeit deutlich macht, daß diese Länder ihren Weg in die Gemeinschaft finden werden. Ich glaube, das liegt im allgemeinen Interesse und ist nützlich.

Eine ganz besondere Herausforderung, und zwar nicht nur für die Europäische Gemeinschaft, sondern auch für die anderen Partner in der G 7, stellt die dramatische Wirtschaftsentwicklung in der Sowjetunion dar.

Wir wollen — darüber wird gesprochen und wird in den nächsten Wochen noch zu sprechen sein — in diesem Winter dazu beitragen, daß die Versorgung der Menschen dort mit einem Mindestmaß an Gütern des täglichen Bedarfs durch Nahrungsmittelhilfe sichergestellt wird. Auch hierzu möchte ich gerne eine darüber hinausgehende Bemerkung machen: Es kann nicht angehen, daß im Rahmen der G 7, der sieben großen Industrienationen der Welt, diese Frage bei nicht wenigen weitgehend unter dem Gesichtspunkt gesehen wird, dies sei vor allem eine deutsche Verantwortung. Es ist zwar eine besondere deutsche Verantwortung; denn wenn die Sowjetunion und die

Republiken zu einer neuen Struktur finden, sind wir als Nachbarn ganz unmittelbar betroffen.

Wir sind auch deshalb in einer besonderen Weise betroffen, weil noch viele sowjetische Soldaten auf deutschem Territorium stehen und weil die Abmachungen über den vollständigen Truppenrückzug eingehalten werden müssen. Aber es dient dem Frieden der Welt, nicht nur dem Frieden Europas, wenn in der Sowjetunion und in den jetzt entstehenden Republiken Friede, Freiheit, Soziale Marktwirtschaft und rechtsstaatliche Ordnung einkehren und dauerhaft verankert werden.

Wenn man bedenkt, was wir in der Vergangenheit — während und auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges — an finanziellen Ressourcen mobilisieren mußten, um der damaligen Lage gerecht zu werden, müßte es auch möglich sein, jetzt in einer gemeinsamen großen Kraftanstrengung hier die notwendige Hilfe zu geben.

Es ist wichtig, jetzt für den kommenden Winter Nahrungsmittelhilfe zu mobilisieren. Aber das ist nur eine Übergangshilfe; das kann kein dauerhafter Zustand sein. Jetzt sind alle westlichen Demokratien gefordert, die Chance der Demokratie in diesem Teil der Welt wahrzunehmen. ■

Unterlassungslüge der SPD

Auch im Wahlkampf sollte eine demokratische Partei auf die aktuelle Situation eingehen und nicht Vergangenes benutzen, um die Wahrheit zu verschleiern:

In einer Flugblattaktion spricht die SPD in Baden-Württemberg von 400.000 Aussiedlern im letzten Jahr.

Sie verschweigt aber, daß sich in diesem Jahr durch die erfolgreiche Politik der Bundesregierung die Zahl der Einreisenden nahezu halbiert hat.

Gertrud Dempwolf, Aussiedlerbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Auch Halbwahrheiten können Lügen sein!“

Mitwirkung der Städte und Regionen im Europa von morgen sichern

Wir alle wollen die Vollendung des EG-Binnenmarktes. Alles deutet darauf hin, daß das gesetzte Ziel im Jahre 1993 erreicht sein wird. Dieser schöne Erfolg darf uns aber nicht vergessen lassen, daß er eine drastische Ausweitung der europäischen Zuständigkeiten und eine erhebliche Einschränkung der Entscheidungsspielräume der Mitgliedstaaten bedeutet.

Fragen der europäischen Integration und der europäischen Institutionen, der Verteilung der Kompetenzen zwischen der europäischen Ebene und den Mitgliedstaaten, über den Grad der Zentralisierung der Entscheidungsbefugnisse und zu der Machtbalance zwischen den Institutionen sind noch nicht abschließend geklärt.

In der Präambel der Einheitlichen Europäischen Akte haben sich die Mitgliedstaaten verbindlich und eindeutig auf das Ziel verpflichtet, die Gesamtheit ihrer Beziehungen „in der Europäischen Union“ umzuwandeln. Die präzise Ausgestaltung dieser Union ist noch offen. Die Elemente sind aber bereits in den Umrissen erkennbar: eine stärkere Parlamentarisierung der Entscheidungsprozesse sowie die Fortentwicklung der Kommission zu einer Art „Regierung“ der Union.

Diese Architektur wird nicht nur in Grundzügen, sondern auch in vielen Einzelheiten diskutiert. Dazu gehört auch der Europäische Regionalausschuß, der die Mitwirkung der Regionen sichern soll. Das „Europa der Regionen“ ist eines der Themen, die im Zusammenhang mit der Politischen Union debattiert werden.

Der Europarat hat sich vor einigen Jahren die Mühe gemacht, zu definieren, was denn die Regionen seien. In jedem Land der Gemeinschaft versteht man darunter etwas anderes.

Wir in Deutschland denken sehr schnell an die Bundesländer; aber wir können natürlich auch die ehemaligen Provinzen in Deutschland darunter verstehen. Ist zum Beispiel Westfalen eine selbständige Region im Vergleich zum Rheinland, oder ist die EUREGIO, eine grenzüberschreitende Region im deutsch-niederlän-

Von Hedwig Keppelhoff-Wiechert, Mitglied der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

dischen Raum, oder in Aachen die Region, nicht auch eine solche Region, wie sie Bestandteil der Regionalpolitik der Europäischen Gemeinschaft werden kann?

Eine Region ist ein besonderes Territorium mit vergleichbaren klimatischen Bedingungen und Ressourcen, gemeinsamer Tradition und Kultur der dort lebenden Menschen sowie einem Zusammengehörigkeits- und Heimatgefühl.

Im Zusammenhang mit der Verwirklichung der Europäischen Union spricht der Deutsche Städtetag mittlerweile von einer Überlebensfrage der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland und fordert, daß die künftige Europäische Verfassung die kommunale Selbstverwaltung in gleicher Weise schützt, wie dies das Grundgesetz der Bundesrepublik

Deutschland tut. Der rechtliche und tatsächliche Rahmen der Städte und Gemeinden wird in Zukunft immer mehr von Rechtssetzungsakten der EG bestimmt.

Die kommunale Selbstverwaltung wird aber auch berührt, wenn Europa bestimmte Aufgaben einschließlich der finanziellen Förderungsverantwortung übernimmt, die in Deutschland in die Verantwortung der kommunalen Selbstverwaltung fallen.

Im Hinblick auf die starke Auswirkung der Gemeinschaftspolitiken und ihres Vollzugs auf die kommunale Ebene müssen nach Ansicht der kommunalen Spitzenverbände die Städte verlangen, bei der Vorbereitung und Durchführung dieser Politiken auf Gemeinschaftsebene angehört zu werden. Diese Forderung unterstützt die EVP. Nach ihrer Ansicht geht es nicht um die Schaffung eines weiteren Organs, etwa in Form einer Kammer, sondern allein darum, Erfahrungen, Belange und Blickweisen der kommunalen Praxis frühzeitig in die Vorbereitung von Rechtssetzungsakten und sonstiger Maßnahmen einzubringen.

Das Europäische Parlament hat in einer Entschließung vom 22. November 1990 zu den Regierungskonferenzen im Rahmen der Strategie des Europäischen Parlaments für die Europäische Union die Einfügung eines Artikels 189 a in den EWG-Vertrag vorgeschlagen, mit dem ein Ausschuß der Regionen und kommunalen Körperschaften der Gemeinschaft mit beratendem Charakter eingesetzt wird.

Die Frage, wie der Regionalismus in die europäische Integration eingebaut werden sollte, kann sicherlich heute noch nicht abschließend beantwortet werden. Klagerecht und Mitspracherecht der Regionen in Europa müssen nach Auffassung der EVP aber zukünftig rechtlich fest verankert sein. ■

Asylbewerberzahlen Oktober 1991

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hat im Monat Oktober 1991 33.570 Asylbewerber (Vormonat: 28.732) registriert. Hauptherkunftsländer sind:

Jugoslawien:	14.744 (Vormonat: 10.669)
Rumänien:	4.999 (Vormonat: 4.968)
Türkei:	2.570 (Vormonat: 2.144)
Bulgarien:	1.817 (Vormonat: 1.831)
Vietnam:	794 (Vormonat: 728)
Nigeria:	767 (Vormonat: 644)
Indien:	583 (Vormonat: 495)
Iran:	542 (Vormonat: 591)

Die Zahl der Asylbewerber ist gegenüber dem Vormonat stark angestiegen. Dies ist auf den hohen Zugang aus dem vom Bürgerkrieg heimgesuchten Jugoslawien zurückzuführen.

Auf die Staaten Ost- und Südosteuropas entfielen im Oktober 22.912 Asylbewerber. Das sind 68,3 Prozent aller Asylbewerber. Der Anteil der Europäer an der Gesamtzahl der Asylbewerber beträgt 75,9 Prozent (25.482 Personen).

In den ersten zehn Monaten des Jahres haben insgesamt 203.321 Ausländer einen Asylantrag gestellt (Vergleichszeitraum 1990: 162.081). Das ist eine Zunahme um 25 Prozent. Die im vergangenen Jahr registrierte Gesamtzahl von 193.063 Asylanträgen wurde damit überschritten.

In den Monaten Januar bis Oktober 1991 hat das Bundesamt über die Anträge von 134.723 Personen entschieden. Als asylberechtigt anerkannt wurden 10.032 Personen. Das entspricht einer Anerkennungsquote von 7,5 Prozent. Abgelehnt wurden 102.122 Personen (75,8 Prozent), auf sonstige Erledigungen und Rücknahmen entfielen 22.569 Personen (16,7 Prozent). ■

Alfred Dregger:

Von der Westbindung bis zur Wiedervereinigung führt eine ununterbrochene Linie

Die Union ist nicht die Partei des außenpolitischen Aktionismus. Sie ist die Partei der Kontinuität in der Außenpolitik. Von der Westbindung Deutschlands unter Konrad Adenauer über die Gegenstationierung euro-strategischer Waffen am Beginn der Ära Helmut Kohls bis zur Wiedervereinigung Deutschlands führt eine gerade Linie. Gradlinigkeit und Kontinuität sind unser Profil in der Außen- und Sicherheitspolitik. Bundeskanzler Helmut Kohl hat wahrlich den Europapreis für Staatskunst (der Töpfer-Stiftung) verdient, mit dem jetzt seine Leistungen für die Wiedervereinigung Deutschlands und für den europäischen Einigungsprozess gewürdigt werden.

Gradlinigkeit und Kontinuität, das war und ist die Westbindung. Ohne sie hätten wir in den 50er und 60er Jahren nicht die Freiheit bewahren können, ohne sie hätten wir nicht mit unserem Modell der sozialen Marktwirtschaft den Aufbau Deutschlands zur stärksten Wirtschaftsmacht Europas zustande gebracht.

Gradlinigkeit und Kontinuität, sie führten zur Solidarität des Bündnisses. Wir haben diese Solidarität im Vollzug des NATO-Doppelbeschlusses gewahrt — auch hier wie in allen anderen Fragen gegen den Willen der SPD. Ohne diese

Solidarität mit unseren Verbündeten hätte es die Politik des „Neuen Denkens“ in der Sowjetunion nicht gegeben.

Ohne das entschlossene Zupacken von Helmut Kohl 1989, ohne die damit verbundene umsichtige Absicherung des rasch ablaufenden Wiedervereinigungsprozesses in Ost und West, hätte nicht der entscheidende Erfolg unserer Außenpolitik erreicht werden können: Die von Helmut Kohl am 16. Juli 1990 erreichte Zustimmung der sowjetischen Führung

Fraktion und Regierung haben in der Außen- und Sicherheitspolitik erfolgreich zusammengearbeitet.

zur Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands in der NATO. Ohne diese Klärung unserer außen- und sicherheitspolitischen Position hätte die Stabilität in Europa nicht gewahrt werden können, die nun die Voraussetzung der zu schaffenden gesamteuropäischen Friedensordnung ist. Lassen wir uns von der oft oberflächlichen Berichterstattung mancher Medien nicht den Blick verstellen für die historische Leistung, für dieses Profil der Union. Manche zeigen sich beeindruckt, wenn in der stark vernetzten Struktur der internationalen Beziehungen und der

heute üblichen raschen Abfolge von internationalen Konferenzen unser umtriebiger Außenminister den Eindruck erweckt, er könne auf mehreren Konferenzen gleichzeitig sein. Wir wissen das durchaus zu schätzen. Unser Außenminister hat großen Anteil am gemeinsamen Erfolg. Die Grundlinie unserer Außenpolitik wurde aber und wird vom Bundeskanzler gezogen, dem wir dafür zu besonderem Dank verpflichtet sind.

Den Kanzler unterstützt

Es war vor allem die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die den Kanzler und die Regierung dabei einmütig unterstützt hat — von der Stationierungsdebatte über die Abrüstungspolitik bis zu den Zwei-plus-Vier-Verträgen. Es war auch die Fraktion, die dabei in manchen Fragen vorangegangen ist:

- Die totale Abschaffung der Chemiewaffen wurde zuerst von uns gefordert und vom amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger bei meinem Besuch in Washington 1985 zunächst uns in Aussicht gestellt, ehe Präsident Reagan sie am Rande des Weltwirtschaftsgipfels in Tokio dem Bundeskanzler zugesagt hat und dadurch verbindlich gemacht hat;
- die totale Abrüstung der atomaren Kurzstreckensysteme und der nuklearen Artillerie wurde zuerst von uns gefordert und lange Zeit nur von uns. Und zwar seit 1986, seit der Abrüstung der atomaren Mittelstreckenraketen und der damals virulenten Vision nicht nur der britischen Premierministerin, man könne den Ausfall der atomaren Mittelstreckenraketen ersetzen durch eine atomare Feuerwand, bestehend aus Kurzstreckensystemen und atomarer Artillerie. Jetzt endlich hat die NATO die Abschaffung der nuklearen Kurzstreckensysteme und der nuklearen Artillerie beschlossen.

● Daß unser wichtigster Verbündeter in Europa mit seiner „Hades“-Rakete noch eine Ausnahme macht, ist bedauerlich. Wir bleiben aber am Ball. Die von Frankreich angekündigte Verringerung gegenüber der ursprünglich geplanten Zahl und die „Deponierung“ dieser Raketen statt ihrer „Stationierung“ sind ein erster Erfolg.

● Deutschland nicht zum atomaren Schlachtfeld werden zu lassen, auch nicht in der strategischen Planung für einen Fall, der zur Zeit ohnehin unwahrscheinlich erscheint, ist für uns eine Existenzfrage. Nicht weniger als unsere Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit, die wir unserer Bundeswehr verdanken.

Die Gradlinigkeit und Kontinuität unserer Außen- und Sicherheitspolitik resultieren aus der Kontinuität unserer Wertvorstellungen:

- Menschenwürde und Freiheit sind unsere höchsten Werte;
- Das Selbstbestimmungsrecht der Völker folgt daraus; — Freiheit und Sicherheit für Deutschland und Europa; aus diesen Werten und ihrer Verwirklichung erwachsen Freiheit und Sicherheit für Deutschland und Europa.

Diese fundamentalen Rechte und Ziele, die ich genannt habe, entsprechen und bedingen einander.

Selbstbestimmungsrecht

Deshalb hatte für die Union das Selbstbestimmungsrecht der Slowenen und Kroaten von Anfang an Vorrang vor dem allenfalls für Technokraten wichtigen Wunsch nach einer zentralen Adresse im zerfallenden Jugoslawien. Das Auswärtige Amt ist unserer Linie später gefolgt. Minderheitenschutz und Volksgruppenrechte in den Nachbarschaftsverträgen sind für uns von entscheidender Bedeutung.

Die Verträge selbst sind ein Gebot unserer geographischen Lage und der Bedingungen für die deutsche Politik nach den Zwei-plus-Vier-Verträgen.

Deutschland ist heute Verbündeter des Westens und bevorzugter Partner des Ostens. Das ist für unser Land in der Mitte eine Traumkonstellation, die dem Bismarck-Reich weder in der kaiserlichen noch in der Weimarer Zeit vergönnt war. Diese Konstellation zu erhalten, ist eine Voraussetzung für den Frieden und die Wohlfahrt in Europa. Diese Konstellation für die Zukunft zu sichern, ist die wichtigste Aufgabe der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik.

Partnerschaft mit Rußland

Rußland — mit dieser Aussage gehe ich über den jetzigen Stand der Entwicklung bewußt hinaus —, Rußland wird wieder für Deutschland das werden, was es Jahrhunderte lang für uns und für seine Völker gewesen ist: Ein verlässlicher Freund und Partner in der Entwicklung unserer Länder. Das ist jedenfalls eine Chance, für die wir arbeiten sollten.

Die politische Entwicklung der letzten beiden Jahre, auch die außenpolitische, vollzog sich ungeheuer rasch. Der Kommunismus ist erdrutschartig zusammengebrochen. Die Neuordnung Europas nach dem kalten Krieg duldet keinen Aufschub, auch keine schöpferische Pause; nicht im Osten und nicht im Westen. Und beides gehört zusammen. Gerade wegen der Schnelligkeit der Entwicklung ist die Kontinuität in den Grundsätzen, wie wir sie wahren, von entscheidender Bedeutung:

- Es ist die CDU/CDU-Bundestagsfraktion, die sich energisch gegen den Versuch gewehrt hat und wehrt, die Völker Ost- und Ost-Mittel-Europas aus dem europäischen Einigungsprozeß auszugrenzen. Das nämlich steckte — vielleicht

Zitat

Wir stehen zu unserer Verpflichtung, zum Überleben der Menschheit im Kampf gegen Hunger und Elend, Umweltzerstörung, politische Unterdrückung und soziale Ungerechtigkeit beizutragen.

**Bundeskanzler Helmut Kohl
während seines Aufenthaltes
in Brasilien**

unbeabsichtigt — hinter der Forderung nach „Vertiefung vor Erweiterung“. Wir fordern beides, Vertiefung und Erweiterung, weil Europa beides jetzt braucht.

- CDU und CSU haben immer die Politische Union Europas gewollt; vor 1989, weil sie damals ein Beitrag sein sollte zur Überwindung der Teilung Europas; nach „der Wende“, weil die Politische Union jetzt ein entscheidender Beitrag ist für die Stabilität der gesamteuropäischen Friedensordnung.

- Unter Politischer Union Europas verstehen wir Wirtschafts-, Währungs- und Sicherheitsunion. Wir fordern die Sicherheitsunion als europäischen Pfeiler der westlichen Allianz, nicht als Konkurrenz zur NATO. Diese soll damit gestärkt und nicht etwa geschwächt werden. Das haben wir immer gesagt. Das steht jetzt auf der Tagesordnung der Regierungskonferenzen vor dem Gipfel in Maastricht. Das stand auch auf der Tagesordnung des NATO-Gipfels in Rom.

- Zur Gradlinigkeit und zur Kontinuität unserer Außen- und Sicherheitspolitik gehört die Erkenntnis, daß die USA, deren Präsident in Deutschland den Partner sieht für die Führung in der Allianz, unser wichtigster Verbündeter ist bleibt.

- Gradlinigkeit und Kontinuität haben wir auch bei der Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen

bewiesen. Konrad Adenauer hat die Aussöhnung mit Frankreich zu einem seiner vorrangigen Ziele gemacht. Das ist ein schwieriges Werk gewesen. Es ist weitgehend gelungen; vor allem zwischen den Völkern. Die politische Klasse hier und dort hat manchmal noch Schwierigkeiten.

Vom Elysee-Vertrag bis zur jüngsten Kohl-Mitterrand-Initiative für die Politische Union Europas zieht sich eine ebensolche klare Linie ungebrochener Kontinuität wie auch in unserer Politik gegenüber dem westlichen Bündnis.

Fraktion und Regierung haben in der Außen- und Sicherheitspolitik in den hinter uns liegenden Jahren erfolgreich zusammengearbeitet. Das ist alles ohne Streit geschehen und deshalb ohne große öffentliche Aufmerksamkeit.

Entscheidend war unser Erfolg für den Frieden und die Sicherheit unseres Landes und Europas. Dieses Ziel sollte auch weiterhin unsere Politik in Regierung und Fraktion bestimmen.

Deutsche Bank investiert 100 Millionen in ostdeutsche Filialen

Die Deutsche Bank will in den nächsten fünf Jahren rund 100 Millionen DM für den Ausbau ihrer ostdeutschen Filialen investieren. Die Zahl der Geschäftsstellen in den neuen Bundesländern soll von 167 auf rund 300 bis Mitte 1993 erweitert werden, teilte der Leiter der Hauptfiliale Leipzig, Jürgen Großkopf, aus Anlaß der Inbetriebnahme des 1.000 Geldautomaten des größten deutschen Kreditinstituts in Chemnitz mit. Seit Juli 1990 habe die Deutsche Bank etwa 80 Millionen DM in die technische Infrastruktur der neuen Länder investiert. In den Geschäftsstellen zwischen Elbe und Oder seien derzeit mehr als 3.220 Bildschirmarbeitsplätze besetzt. Die Zahl der ostdeutschen Mitarbeiter habe sich von 1.100 im Juli 1990 auf etwa 8.000 erhöht, teilte Großkopf weiter mit.

Aus dem Angebot der KAS

Das Institut für Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. lädt Theoretiker und Praktiker der Entwicklungszusammenarbeit nach Schloß Eichholz ein.

Veranstaltung Nr. 313

Förderung der lokalen Selbstverwaltung und kommunale Entwicklungszusammenarbeit — Bedeutung und Rolle im Nord-Süd-Dialog, 14. Entwicklungspolitische Fachtagung, 20. bis 22. November 1991

Einige der Hauptthemen:

- Kommunale Entwicklungszusammenarbeit auf nationaler und europäischer Ebene

- Bedeutung der Dezentralisierung für den Entwicklungsprozeß
- Förderung der lokalen Selbstverwaltung in den Entwicklungsländern
- Förderung der Kommunalentwicklung in den Philippinen und in Sri Lanka
- Partnerschaften auf kommunaler Ebene
- Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Partnerschaften und Entwicklungszusammenarbeit.

Weitere Informationen/Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Institut für Politische Bildung
Schloß Eichholz, Postfach 1331
W-5047 Wesseling**

Etat des Bundesinnenministers

100 Millionen Mark für die Wiedererrichtung einer deutschen Wolgarepublik

Nach der Beratung im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages erklärte der Berichterstatter Karl Deres für die CDU/CSU-Haushaltsgruppe zu verschiedenen Schwerpunkten im Etat 1992 des Bundesinnenministers:

1. Zur Wiedererrichtung einer deutschen Wolgarepublik hat der Haushaltsausschuß für 1992 100 Millionen Mark sowie für die Folgejahre Verpflichtungsermächtigungen nochmals in dieser Höhe bereit gestellt. Wir halten es für richtig, daß die Bundesrepublik Deutschland einen Beitrag dazu leistet, daß den unter Stalin nach Sibirien verschleppten Rußlanddeutschen im Wolgagebiet wieder eine Perspektive zur Ansiedlung geboten wird, wo sie als Deutsche mit eigener Kultur, Sprache und Tradition leben können.

Wir können und wollen nicht die Gründung eines neuen Staates in der Sowjetunion finanzieren. Wir sollten aber den Rußlanddeutschen — etwa mit Modellvorhaben — zeigen, daß sich ein Umzug an die Wolga lohnt und daß die Ausreise ins Bundesgebiet keineswegs die einzige und beste Zukunftsperspektive ist. Außerdem können wir mit solchen finanziellen Hilfen der im Wolgagebiet ansässigen Bevölkerung deutlich machen, daß sie vom Zuzug von Rußlanddeutschen nichts zu befürchten haben. Wir haben mit dieser Veranschlagung den verantwortlichen

Politikern in der Sowjetunion ein klares Signal gegeben.

Es kommt jetzt darauf an, daß man dort einen verbindlichen Fahrplan für die Wiedererrichtung einer deutschen Wolgarepublik aufstellt und in den nächsten Monaten konkrete Schritte einleitet. Die Bereitstellung dieses Betrages ist uns nicht leicht gefallen. Wir meinen ihn aber verantworten zu können, da 1992 — wie in diesem Jahr — wahrscheinlich rund 100 000 Aussiedler weniger einreisen werden, als im Haushaltsentwurf zugrunde gelegt wurde. Wir haben die Hälfte des Ansatzes, d. h. 50 Millionen Mark, qualifiziert gesperrt, damit wir von der Bundesregierung über die Verwendung der Mittel und die weiteren Planungen auf dem laufenden gehalten werden.

2. Der Haushaltsausschuß hat einer Erhöhung der Förderung von Rückkehr und Reintegration von ausländischen Flüchtlingen um fast 10 Millionen Mark auf 15 Millionen Mark in 1992 zugestimmt. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Asyldebatte halten wir es für richtig, wenn der Bund durch einige Ausbildungszentren in den Hauptherkunftsländern Osteuropas beispielhaft zeigt, wie man Fluchtursachen abbauen und potentielle Flüchtlinge zum Bleiben bzw. zur Rückkehr motivieren kann.

3. Für den Denkmalschutz in den neuen Ländern hat der Haushaltsausschuß —

wie im laufenden Jahr — wiederum 50 Millionen Mark allein aus dem Innenhaushalt bereitgestellt. Wir werden in einer der nächsten Sitzungen darüber hinaus prüfen, ob entsprechend den Vorstellungen des Innenministeriums und unserer Kollegen aus dem Innenausschuß außerdem der Münzgewinn aus einer Sondermünze für diesen Zweck bereitgestellt werden kann. Denn wir sind uns bewußt, daß viele bedeutsame Kulturdenkmäler in den neuen Ländern nach fast 50 Jahren kommunistischer Mißwirtschaft vor dem nicht wieder gutzumachenden Verfall stehen.

4. Wir haben uns sehr eingehend mit der Weiterförderung der Philharmonia Hungarica befaßt. Auf der Grundlage eines BMI-Berichts über die Entwicklung dieses Orchesters in den vergangenen 2½ Jahren sehen wir ermutigende Ansätze für eine dauerhafte Aufwärtsentwicklung. Wir halten es deshalb für sachgerecht, die Bundesförderung fortzusetzen und werden uns bei der Beratung des Haushalts 1994 erneut berichten lassen.

5. Bei der Förderung der Schlösser und Gärten von Potsdam und Sanssouci haben wir gut die Hälfte des Ansatzes von rund 19 Millionen Mark für 1992 qualifiziert gesperrt. Die Länder Berlin und Brandenburg sowie der Bund sind aufgefordert, möglichst schnell Klarheit zu schaffen, ob es zu einer auch die Berliner und andere brandenburgische Schlösser und Gärten umfassenden Stiftung kommt, an welcher sich der Bund beteiligen könnte.

6. Angesichts der auch in die Öffentlichkeit gedungenen Querelen zwischen der langjährigen Leiterin der Villa Massimo in Rom und den Künstler-Stipendiaten haben wir rund die Hälfte des Ansatzes für 1992 qualifiziert gesperrt. Wir halten es für erforderlich, daß das Verhältnis

zwischen der Leitung und den Stipendiaten bereinigt und die Konzeption dieser Art von Künstlerförderung überdacht wird.

7. Bei den Ansätzen für den Bundesgrenzschutz in 1992 ist berücksichtigt, daß der BGS auch in den alten Ländern die Aufgaben der Bahnpolizei sowie schrittweise — nach Entscheidung des jeweiligen Bundeslandes — die Aufgaben der Luftsicherheit wahrnimmt. Wir erwarten, daß der Entwurf des dafür benötigten Aufgabenübertragungsgesetzes nicht nur vom Deutschen Bundestag, sondern auch vom Bundesrat noch in diesem Jahr gebilligt wird.

8. Der Haushaltsausschuß hat die Entscheidung über die Ansätze zur Sportförderung bis Anfang November verschoben:

Wir wollen insbesondere abwarten, ob der Sportausschuß bei seiner Empfehlung bleibt, 10 Prozent der zentralen Maßnahmen (das wären rund 18 Millionen Mark) zu sperren, weil bei den Sportverbänden noch kein überzeugendes Konzept zur Bekämpfung sowie Verhinderung von Doping vorhanden sei. Wenn in den letzten Tagen der Eindruck entstanden sein sollte, wir Haushalter würden uns mit „Lippenbekenntnissen“ von Seiten des Sports begnügen, so wäre das ein verhängnisvoller Irrtum: Nur ein Spitzensport, der die Gewähr dafür bietet, daß nicht mit Doping manipuliert wird, verdient staatliche Förderung. Von dieser Haltung wird uns weder unberechtigte Kritik aus den Reihen der Sportfunktionäre noch die Aussicht auf das Olympische Jahr 1992 abbringen.

9. Über den Stellenhaushalt werden wir im Haushaltsausschuß erst Mitte November entscheiden. Zwei Sonderentwicklungen von beträchtlicher Tragweite zeichnen sich im BMI-Bereich ab:

Klares Bekenntnis zur Wolga-Republik

Nach seinen Verhandlungen mit dem russischen Präsidenten Boris Jelzin über die Zukunft der Rußlanddeutschen in der UdSSR erklärte Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

1. Präsident Jelzin hat zugesagt, daß die Deutschen wieder eine staatliche Autonomie im Wolga-Gebiet erhalten sollen. Allerdings sind zahlreiche Schwierigkeiten zu überwinden, deshalb kann die Verwirklichung nur in einem Stufenplan erfolgen.

2. Es bestand Einvernehmen, daß die Deutschen künftig auch in mehreren Siedlungsgebieten Rußlands siedeln können und dies gefördert wird. Wegen der historischen Bedeutung soll aber im Wolga-Gebiet das deutsche Zentrum entstehen.

3. Alle Aufgaben für die Deutschen in Rußland sollen beim bevorstehenden Besuch von Präsident Jelzin in Bonn in einem deutsch-russischen Vertrag vereinbart werden. Präsident Jelzin hat hervorgehoben, daß dies das

erste verbindliche Dokument zur Wiederherstellung der Staatlichkeit der Deutschen in Rußland sein wird.

4. Präsident Jelzin bekundete auch seine grundsätzliche Bereitschaft, seine Maßnahmen für die staatliche Autonomie der Deutschen in Rußland in einem Erlaß des Präsidenten festzulegen.

5. Ich habe Präsident Jelzin ausführlich die Maßnahmen der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft zur Förderung dieser Pläne dargelegt. Präsident Jelzin hat diese Pläne mit großer Befriedigung aufgenommen.

6. Es bestand Übereinstimmung darin, daß möglichst viele Rußlanddeutsche in Rußland eine Zukunft für sich und ihre Kinder sehen sollen.

Damit hat der russische Präsident zum ersten Mal ein klares Bekenntnis zur Wolga-Republik gegeben. Mit der Realisierung wird ab sofort begonnen. Die russische Regierung hat eine Hauptverwaltung mit Sitz in Moskau und im Wolga-Gebiet für diese Aufgaben geschaffen. Sie wird mit deutschen und russischen Experten besetzt. Mit der freiwilligen Umsiedlung von Deutschen, z. B. aus Kasachstan, in das Wolga-Gebiet soll bereits 1992 begonnen werden.

● Die Behörde Gauck muß das Personal erhalten, das sie befähigt, in Berlin und in ihren 14 Außenstellen die ihr von dem neuen Stasi-Unterlagen-Gesetz künftig gestellten Aufgaben zu erfüllen. Nach den Berechnungen der Bundesregierung soll die Behörde Gauck, die derzeit etwa 600 Mitarbeiter beschäftigt, weitere ca. 3 000 Personen einstellen. Wir haben die Bundesregierung aufgefordert, alle Möglichkeiten zu prüfen und zu nutzen, damit an anderer Stelle freiwerdendes Personal,

z. B. von der Bundeswehrverwaltung oder beim Zoll, bei der Behörde Gauck eingesetzt wird.

● Die von allen politischen Kräften für erforderlich gehaltene Beschleunigung der Asylverfahren und die damit verbundene Übernahme von bisherigen Länderaufgaben durch das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge wird zu erheblichem Personalmehrbedarf bei dieser Bundesbehörde führen. ■

Eckdaten für eine zukünftige deutsche Energiepolitik

Auf seiner Sitzung am 28. Oktober hat der Bundesausschuß „Energiepolitik“ Anforderungen an ein energiepolitisches Gesamtkonzept der Bundesregierung erarbeitet. Nach Auffassung des Ausschuß-Vorsitzenden, Ludwig Gerstein, setzt dieser Beschluß „klare Eckdaten für eine zukünftige deutsche Energiepolitik“.

Die deutsche Energiepolitik steht in den nächsten Jahren vor neuen Herausforderungen. Ein energiepolitisches Gesamtkonzept muß der durch die Einheit Deutschlands entstandenen neuen Lage unter Berücksichtigung der energie- und umweltpolitischen Altlasten, der Vervollständigung des europäischen Binnenmarktes und nicht zuletzt der umweltpolitischen Vorgaben, wie dem 25- bis 30prozentigen Minderungsziel der CO₂-Emissionen bis zum Jahre 2005 ausreichend Rechnung tragen. Außerdem ist in dem Gesamtkonzept ein Hinweis auf die langfristigen Planungszeiträume bei der Energieversorgung erforderlich. Vor diesem Hintergrund hält der Bundesausschuß Energiepolitik folgende Eckpunkte für ein energiepolitisches Gesamtkonzept der Bundesregierung für wesentlich:

1 Eine zentrale Herausforderung für die Energiepolitik ist es, die Akzeptanz und das Vertrauen der Bürger in eine umweltverträgliche Energieerzeugung wiederzugewinnen. Dies kann nur durch eine „aufklärende Energiepolitik“ gelingen, die Sorgen der Menschen ernst nimmt und sie durch sachliche Argumente von der Notwendigkeit einer sicheren und ausreichenden Energieversor-

gung zu überzeugen versucht und die Rahmenbedingungen für eine weitgehende Eingrenzung der Risiken gewährleistet. Dazu ist ein verstärkter Dialog mit dem Bürger notwendig.

2 Vorrangig ist der Aufbau einer leistungsfähigen und umweltschonenden Energieversorgung in den neuen Bundesländern. Dazu sind die erforderlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, daß auch für dieses Gebiet eine stets ausreichende, zuverlässige, preisgünstige und umweltverträgliche Energieversorgung

Anforderungen des Bundesausschusses „Energiepolitik“ an ein energiepolitisches Gesamtkonzept der Bundesregierung

gewährleistet ist. Dabei sollte der Neubau von Anlagen Vorrang vor der Nachrüstung weniger effektiver und alter Anlagen haben. Damit die Modernisierung zügig vorangehen kann, müssen die Genehmigungsverfahren von Neuanlagen vereinfacht und beschleunigt werden. Darüber hinaus ist anzustreben, daß überlange Genehmigungsverfahren in den alten Bundesländern ebenso verkürzt werden.

3 Auch weiterhin müssen Umwelt- und Ressourcenschonung, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit die zentralen Ziele der Energiepolitik bleiben. Sie hat verlässliche Rahmenbedingungen für die Energiewirtschaft zu schaffen, um auch

künftig für die in diesem Bereich langfristig angelegten Investitionen die notwendige Planungssicherheit zu bieten. In den neuen Bundesländern muß es auf der Grundlage des Stromvertrages dazu kommen, daß Versorgungsstrukturen entstehen, die diesem Ziel gerecht werden.

Nicht jeder Gemeinde ist damit gedient, eigene Stadtwerke zu gründen. Stromversorgungsunternehmen und Kommunen sollten bei ihren Verhandlungen einvernehmliche Lösungen anstreben, die vor dem Hintergrund einer sachgerechten Einzelfallprüfung erarbeitet werden müssen.

4 Im Zuge der Verwirklichung des EG-Binnenmarktes gewinnt die EG auch in der Energiepolitik beträchtlich an Einfluß. Zwischen einer verbleibenden nationalen und einer künftigen gemeinsamen Energiepolitik ist eine sinnvolle Aufgabenverteilung zu finden. Der Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft auf dem gemeinsamen Markt und auf dem Weltmarkt ist dabei Rechnung zu tragen.

In besonderem Maße ist darauf zu achten, daß innerhalb der EG keine Gegenläufigkeit zwischen Energie- und Umweltpolitik entsteht. Die Überlegungen der EG-Kommission, zuerst den ohnehin in Teilbereichen schon vorhandenen Wettbewerb zu verstärken und dann erst die Rahmenbedingungen zu harmonisieren, beinhaltet die Gefahr, daß auf der Basis niedriger Umweltschutzstandards harmonisiert wird. Der umgekehrte Weg, zuerst die Rahmenbedingungen auf sinnvollem Niveau zu harmonisieren und dann den Wettbewerb zu verstärken, ist umwelt- und energiepolitisch erstrebenswert.

Energiepolitik darf sich aber nicht nur auf Westeuropa und die EG konzentrieren, weil sonst nicht zu vermeiden ist, daß die Länder Ost- und Südosteuropas wei-

tere Rückschläge in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und im Umweltschutz hinnehmen müssen. Deshalb unterstützen wir mit Nachdruck die Gründung einer Energie-Charta für Gesamteuropa, damit den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas geholfen werden kann, ihre umwelt- und energiepolitischen Probleme zu lösen.

Es muß zu einem gesamteuropäischen Energieverbund kommen, der es u.a. durch Netzverbindungen und geeignete Erzeugungskapazitäten erlaubt, die Lücken zu schließen, die z.B. durch Stilllegung von unsicheren Atomkraftwerken sowjetischer Bauart entstehen. Deutschland kann in einem gesamteuropäischen Stromverbund eine Drehscheibenfunktion übernehmen.

5 Vor dem Hintergrund der Klimaproblematik hat das CO₂-Ausstoßminderungsziel bis zum Jahre 2005 besondere Bedeutung. Die angestrebte Senkung der CO₂-Emissionen von 25 bis 30 Prozent bis zum Jahre 2005 erfordert höchste Anstrengungen in allen Bereichen von Energienutzung, -transport, -umwandlung bzw. -erzeugung. Dazu müssen insbesondere Energieeinsparungen im Verkehrsbereich, in der Industrie und bei den Haushalten und sonstigen Kleinverbrauchern beitragen. Eine CO₂-Abgabe auf vermeidbare CO₂-Emissionen kann die Erreichung dieses Zieles nur als europaweite Klimaschutzsteuer oder -abgabe wirkungsvoll unterstützen.

6 Energieeinsparungen und rationelle Energieverwendung bleiben ein zentrales Element der Energiepolitik. Eine noch stärkere Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch muß erreicht werden. Gerade in den neuen Bundesländern gibt es aufgrund der bisher ineffizienten Energieproduktion und -nutzung große Reduktionspotentiale.

7 Eine Industrienation wie die Bundesrepublik Deutschland ist bei der Deckung des Primärenergiebedarfes im Interesse der Versorgungssicherheit und der Streuung von Risiken auf einen ausgewogenen Mix aller verfügbaren Energieträger angewiesen. In welchem Umfang die jeweiligen Energieträger künftig zur Energieversorgung beitragen, muß vor dem Hintergrund marktwirtschaftlicher Kostenstrukturen, ökologischer Anforderungen, Fragen der Versorgungssicherheit sowie regional- und beschäftigungspolitischer Aspekte entschieden werden. Die fossilen Energieträger, Kernenergie und in steigendem Maße regenerative Energien müssen hier in einem ausgewogenen wirtschaftlich sinnvollen Verhältnis zueinander stehen.

8 Die Braunkohle wird auch weiterhin eine wichtige Rolle bei der Stromerzeugung spielen. Ohne Zweifel muß aber in den neuen Bundesländern unter ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten die Braunkohleförderung und -verstromung reduziert werden. Ausgekohlte Braunkohletagebaue müssen in ganz Deutschland nach den in den westlichen Abbaugebieten üblichen Maßstäben rekultiviert werden.

9 Die heimische Steinkohle spielt weiterhin eine bedeutende Rolle in der Energiepolitik. Für die weitere Entwicklung des Steinkohlebergbaues stellen die Richtwerte der MIKAT-Kommission die Orientierungsdaten dar. Noch vor dem Jahr 1995 muß über eine Neuregelung der Verstromung deutscher Steinkohle abschließend verhandelt werden. Der Subventionsabbau muß sozialverträglich und regionalpolitisch verantwortbar gestaltet werden.

Die Energieversorgungs-Unternehmen sollten die deutsche Steinkohle auf der Preisbasis der Importkohle abnehmen können. Falls die Ausgleichsabgabe —

ggf. in veränderter Form und in begrenzter Höhe — nicht beibehalten werden soll, muß die Finanzierung der Differenzbeträge dann allein über den Bundeshaushalt erfolgen. Diese verbleibende Subvention sollte zeitlich degressiv gestaltet werden und so dazu beitragen, das vereinbarte Fördervolumen ohne soziale Härten zu erreichen. Durch weitere Rationalisierung und Leistungssteigerung muß der Steinkohlebergbau zur Kostenbegrenzung beitragen.

10 Zu einem ausgewogenen Energiemix gehört auch die Kernenergie. Wer ohne ökologisch verträgliche und wirtschaftlich vertretbare Alternativen aus der Kernenergie aussteigen will, verschärft die Klimaproblematik zusätzlich. Ein isolierter Ausstieg aus der Kerntechnik wäre zugleich auch ein Ausstieg aus dem Einfluß auf internationale Sicherheitsstandards. Solange Kernenergie für die Energieversorgung Europas gebraucht wird, sollten Kernkraftwerke dort betrieben werden, wo sie am sichersten sind. Dabei ist die langfristige Entsorgung von abgebrannten Brennelementen und Abfällen sicherzustellen.

Die SPD hat in den 70er Jahren im Konsens mit den anderen Parteien dazu beigetragen, daß die Kernenergie massiv ausgebaut werden konnte. Sie kann sich jetzt nicht aus der Verantwortung verabschieden. Die SPD-geführte Landesregierung von Niedersachsen darf nicht länger verhindern, daß die Verfahren zur Errichtung des Endlagers für hochradioaktive Abfälle in Gorleben und für schwach- und mittelradioaktive Abfälle im Schacht Konrad baldmöglichst abgeschlossen werden können. Es ist unbestritten, daß unabhängig vom Weiterbetrieb der bestehenden Reaktoren bereits heute Abfallstoffe existieren, deren Endlagerung zwingend notwendig ist. Vor diesem Hintergrund ist die von der SPD betriebene Politik besonders unver-

ständig. Die Entwicklung neuer inhärent sicherer Reaktorsysteme ist voranzutreiben. Mit solchartigen neuen Anlagen könnte auch das mangelnde Vertrauen einiger Kreise der Bevölkerung zurückgewonnen werden.

11 Öl und Gas werden auch weiterhin in erheblichem Umfang zur Versorgung mit Energie beitragen. Nur durch entsprechende Einsparungen kann eine Steigerung des Erdölanteils am Energiemix trotz der zunehmenden Nachfrage in den neuen Bundesländern vermieden werden. Eine Steigerung des Erdgasverbrauches von 24 bis 35 Millionen Tonnen SKE (Steinkohleeinheit) von 1990 bis zum Jahre 2005 erscheint möglich. Die zusätzlich benötigten Mengen sollten ausreichend diversifiziert auf dem internationalen Markt bezogen werden.

12 Regenerative Energien bedürfen der weiteren Förderung. Dabei ist die Forschung auf diesem Gebiet zu intensivieren und vom Bund entsprechend zu unterstützen. Zugleich muß aber klar sein, daß kurz- und mittelfristig nur ein begrenzter Teil des Gesamtenergiebedarfs durch alternative Energien gedeckt werden kann. Langfristig muß eine Steigerung des Anteils dieser Energieträger am Gesamtaufkommen erreicht werden.

Personalien

Der Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands, **Hermann Gröhe**, ist auf dem Kongreß der Internationalen Union Junger Christlicher Demokraten (IUYCD) in Costa Rica wieder zum Vize-Präsidenten gewählt worden. Wiedergewählt wurden in San Jose auch Filippo Lombardi aus der Schweiz als Präsident sowie Marcos Villasmil aus Venezuela als Generalsekretär.

Ab 1. Januar 1992 Teilrente möglich

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat an die Unternehmen appelliert, die ab 1. Januar 1992 bestehenden Möglichkeiten der Teilrente in ihren betrieblichen Arbeitsorganisationen umzusetzen.

Vor dem nordrhein-westfälischen Landesdelegiertentag der Senioren-Union in Bochum erklärte Blüm: „Arbeit und Rente sind bis jetzt wie durch ein Fallbeil voneinander getrennt. Menschen werden wie Maschinen von heute auf morgen von Vollarbeit auf Nullarbeit umgeschaltet. Damit kann jetzt Schluß sein. Mit Teilrente und Teilzeitarbeit ist endlich ein sacher Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand möglich geworden. Jetzt liegt es an den Verantwortlichen in den Betrieben, mit Phantasie und Flexibilität die neuen Möglichkeiten umzusetzen.“

Ab 1. Januar 1992 können alle Versicherten ab Vollendung des 60. Lebensjahres entscheiden, ob sie ihre Altersrente als Voll- oder als Teilrente erhalten wollen. Die Versicherten können einerseits einen Teil ihrer zustehenden Altersrente in Anspruch nehmen, andererseits hinzuverdienen.

Die Teilrente beträgt entweder ein Drittel, die Hälfte oder zwei Drittel der erreichten Vollrente. Um Mißbrauch der Teilrentenregelung zu verhindern, gibt es Hinzuverdienstgrenzen, die vom vorhergehenden Lohn und von der Höhe der Teilrente abhängig sind.

Bei einem Monatsverdienst von 2.000 DM kann zum Beispiel ein Rentner bei Zwei-Drittel-Teilrente 803,37 DM, bei der Halb-Teilrente 1.205,05 DM und bei Ein-Drittel-Teilrente 1.606,74 DM maximal hinzuverdienen.

Weihnachtsgeld

Verunsicherungskampagne der SPD geht an den Realitäten vorbei

In den letzten Tagen wurden von Teilen der SPD die Wiedereinführung des Weihnachtsfreibetrages gefordert, der im Rahmen des Steuerreformgesetzes entfallen ist. Die SPD versucht den Eindruck zu erwecken, als ob durch den Wegfall dieses Freibetrages die Arbeitnehmer mehr Steuern bezahlen müßten. Tatsächlich ist aber das Gegenteil der Fall.

Durch das Steuerreformgesetz 1990 wurde aus Gründen der Steuervereinfachung der Weihnachtsfreibetrag in Höhe von 600,— DM, der Arbeitnehmer-Freibetrag in Höhe von 480,— DM, die Werbungskostenpauschale in Höhe von 564,— DM zu einem einheitlichen Arbeitnehmerpauschbetrag zusammengefaßt und um 356,— DM auf 2000,— DM aufgestockt. Da zugleich der Lohn- und Einkommensteuertarif 1990 abgesenkt wurde, haben diese Maßnahmen insgesamt dazu geführt, daß die Arbeitnehmer per Saldo — auf das Jahr hin betrachtet — entlastet werden.

Während der Weihnachtsfreibetrag die Steuern nur im Monat des Bezugs der Weihnachtsgeldzahlung gemindert hat, wirkt sich der neue Arbeitnehmerpauschbetrag in allen Monaten steuermindernd aus. Die endgültige Lohn- und Einkommensteuerlast berechnet sich immer nach dem Jahreseinkommen. Geringere Freibetragsbedingte Entlastungen im „Weihnachtsmonat“ aus dem Steuerreformgesetz 1990 stehen folglich größere Entlastungen in den übrigen Monaten gegenüber. Arbeitnehmer, die

im November besonders hohe Abzüge haben, erhalten die „zuviel“ bezahlte Steuer im Rahmen des Lohnsteuerjahresausgleiches zurück.

Die Steuerreform 1986/88/90 entlastet die Steuerzahler um etwa 50 Milliarden DM. Der zeitlich befristete Solidaritätszuschlag stellt diese Entlastungswirkung nicht in Frage. Dies trifft auch und gerade dann zu, — wenn wie in diesem Jahr — kräftige Lohnerhöhungen stattfinden. Unverkennbar ist auch, daß die Belastung aus den Steuererhöhungen nicht das absolute Einkommensniveau, sondern auf das Jahr gesehen lediglich den Einkommenszuwachs mindern. Darüber hinaus läuft der Solidaritätszuschlag zum 30. Juni 1992 aus. Im Gegensatz zum SPD-Vorschlag, den Solidaritätszuschlag zu verlängern, werden daher die Weihnachtsgeldzahlungen in den folgenden Jahren davon nicht mehr berührt.

Es bleibt dabei: Über das Jahr verteilt haben die Arbeitnehmer mehr Geld zur Verfügung. ■

Europapreis für Staatskunst für Helmut Kohl

Bundeskanzler Helmut Kohl ist in Straßburg mit dem Europapreis für Staatskunst ausgezeichnet worden. Die Hamburger Stiftung F. V. S. verlieh dem Bundeskanzler diesen Preis für seine Verdienste um die deutsche Wiedervereinigung.

Asylproblematik nicht mit dem Zuzug von Aussiedlern vermengen

Zur wiederholten Forderung des saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine nach einer Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts, um den Zuzug deutschstämmiger Aussiedler zu unterbinden, erklärte der Justitiar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Franz Möller:

Durch die ständige Wiederholung seiner Forderung nach einer Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts und damit einer Änderung des Artikels 116 Grundgesetz wird die Position Lafontaines nicht richtiger. Er vermengt in unzulässiger, aber für ihn typischer Weise zwei Dinge, die streng voneinander zu trennen sind, nämlich die Asylproblematik einerseits und den Zuzug deutschstämmiger Aussiedler andererseits.

Für die Union ist unzweifelhaft, daß die Bundesrepublik Deutschland Heimat der Deutschen ist und daß Aussiedler Deutsche sind. Menschen in den Aussiedlungsgebieten haben bis heute unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges zu leiden. Ohne eigenes Verschulden haben sie vielfach ihre angestammte Heimat verloren, in der sie über Jahrhunderte gelebt haben. Zu denken ist hier nur an die Wolga-Deutschen, die von Stalin nach Hitlers Überfall auf die Sowjetunion nach Mittelasien und Sibirien deportiert wurden. Wer wie die SPD im Zusammenhang mit der Asylproblematik immer wieder auf die historische Verantwortung Deutschlands hinweist, kann sich bei der Aussiedlerfrage der historischen Verantwortung nicht entziehen.

Gerade vor diesem Hintergrund muß es das Ziel einer verantwortungsbewußten Aussiedlerpolitik sein, darauf hinzuwirken, die Lebensbedingungen der

Deutschstämmigen in den Ländern Osteuropas so zu verbessern, daß ihnen eine Perspektive für den Verbleib in ihrer angestammten Heimat eröffnet wird. Dazu gehören Minderheitenrechte und Eigenständigkeit auf dem Gebiet von Sprache, Kultur und Tradition. Die Bundesregierung hat hier wichtige Erfolge in ihren Verhandlungen beispielsweise mit Polen und der Sowjetunion verbuchen können. So ist es ausdrücklich zu begründen, daß der Vorsitzende des russischen

Der Kern des Zuwandererproblems ist der massenhafte Zustrom von Asylbewerbern, die nicht politisch verfolgt werden.

Staatskomitees für Nationalitätenfragen, Prokopjew, den Sowjetdeutschen bis zum Jahresende ein Autonomiegesetz zugesichert hat. Die Errichtung einer autonomen Wolga-Republik ist der richtige Weg zur Lösung der Probleme.

Nur durch derartige Maßnahmen kann die Zahl der Aussiedlungswilligen verringert werden. Und tatsächlich hat die Aussiedlerpolitik der Bundesregierung bereits erste Früchte getragen. Laut Pressemitteilung des Innenministeriums vom 7. Oktober 1991 sind die Aussiedlerzahlen vom 1. Januar bis 30. September 1991 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um mehr als die Hälfte gesunken (1990: 337.394 gegenüber 1991: 166.786). Geradezu verheerend würde sich die von Lafontaine und anderen SPD-Politikern geforderte Änderung des Artikels 116 Grundgesetz auswirken. Sie

würde nämlich eine Torschlußpanik auflösen und zu einem massenhaften Exodus der Betroffenen in die Bundesrepublik Deutschland führen, bevor ihnen ein geänderter Artikel 116 den Weg dazu verschlöße.

Die Aussiedlerfrage ist nicht der Kern des Zuwandererproblems, sondern der massenhafte Zustrom von Asylbewerbern, die politisch nicht verfolgt sind und das Grundrecht auf Asyl mißbrauchen. Wenn die Anerkennungsquote zum Teil unter fünf Prozent liegt, macht dies deutlich, daß wir ohne eine Grundgesetzänderung zu einer nachhaltigen Lösung dieses Problems nicht kommen können. Auch die Bürger haben kein Verständnis dafür, daß sich Lafontaine diesem Schritt verweigert. Darin liegt zwar nicht die einzige, aber doch eine wichtige Ursache für Fremdenfeindlichkeit.

Wer einerseits eine multikulturelle Gesellschaft befürwortet, andererseits aber die deutschstämmigen Aussiedler ausgrenzt und die Sorge um ihr Wohlergehen als „Deutschtümelei“ diskreditiert, macht sich in höchstem Maße ungläubwürdig. Doch das ist bei Lafontaine nichts Neues. Er ist sich treu geblieben.

Steuermehreinnahmen sichern Konsolidierung

Zum Ergebnis der Steuerschätzung für die Jahre 1991 und 1992 vom 11. und 12. November 1991 erklärte Bundesfinanzminister Theo Waigel:

„Vor den abschließenden Beratungen des Haushaltsentwurfs 1992 hat der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ die bisherigen Ansätze für die Steuereinnahmen der Jahre 1991 und 1992 auf der Grundlage aktualisierter gesamtwirtschaftlicher Daten überprüft.

Die gute gesamtwirtschaftliche Ent-

Waigel macht sieben Milliarden Mark weniger Schulden

Bundesfinanzminister Theo Waigel wird 1991 rund sieben Milliarden Mark weniger Schulden machen als vorgesehen.

Statt der eingeplanten 66,4 Milliarden Mark Netto-Kredit-Aufnahme liegt nach den jüngsten Schätzungen der Kreditbedarf jetzt unter der 60-Milliarden-Mark-Grenze. Damit ist auch der Nachtrags-Haushalt in Höhe von 5,6 Milliarden Mark voll finanziert.

Die erheblich geringere Kreditaufnahme wird durch Minderausgaben im Haushalt in Höhe von vier Milliarden Mark und durch eine günstigere Steuerentwicklung ermöglicht, die Waigel zusätzlich drei Milliarden Mark in die Bundeskasse bringt. Dickster Brocken bei den Einsparungen sind die zwei Milliarden Mark, die der Bund vor allem für die Arbeitslosenhilfe im Westen weniger ausgeben muß.

wicklung und die gegenüber früheren Einschätzungen deutlich günstigere Beschäftigung haben sich in Steuermehreinnahmen niedergeschlagen.“

Gegenüber dem Ist-Zustand beim Bund von 276,2 Mrd. Mark wird jetzt mit 316,5 Mrd. Mark in diesem Jahr gerechnet. Für 1992 wird ein Zuwachs auf 344,3 Mrd. Mark oder um 8,8 Prozent erwartet. Die Einnahmen der alten Länder steigen in diesem Jahr von 191,3 auf 204,7 Mrd. Mark.

Norbert Blüm:

Ohne ausländische Arbeitnehmer wäre Deutschland ärmer

Wir haben unseren ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern viel zu danken. Sie haben das moderne Deutschland mit geschaffen. Ohne sie wäre unser Land ärmer, erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm aus Anlaß des 30. Jahrestages der Unterzeichnung der ersten Verträge über die Anwerbung türkischer Arbeitnehmer für eine Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland, die am 30. Oktober 1961 in Bonn und Ankara vorgenommen wurde.

Wir haben diese Menschen gerufen. Sie wurden von uns eingeladen, weil wir händeringend Arbeitskräfte suchten, sagte der Minister. Er forderte deshalb eindringlich auf, allen ausländerfeindlichen Parolen zu widerstehen. Blüm: Bornierte Sprüche wie „Ausländer raus“ sind menschenverachtend. Allein deswegen muß ihnen unerschrocken entgegengetreten werden. Darüber hinaus zeugen diese dumpfen Parolen auch von wirtschafts- und sozialpolitischer Ahnungslosigkeit. Ganze Branchen und Wirtschaftszweige würden lahmgelegt, verließen die ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unser Land. Unsere Sozialversicherungssysteme wären akut gefährdet.

Blüm wies darauf hin, daß inzwischen viele ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihre Heimatländer zurückgekehrt und dort gute „Botschafter“ für die Bundesrepublik Deutschland seien. Blüm: Unser Land, das als eines der größten Exportländer wie kaum ein anderes auf Weltoffenheit und Toleranz

angewiesen ist, verdankt seinen guten Ruf in aller Welt auch diesen Menschen. Schließlich hätten die ausländischen Arbeitnehmer uns nicht nur ihre Arbeitskraft zur Verfügung gestellt, sondern unser Leben auch durch ihre Eigenart und ihre Kultur bunter und reicher gemacht, betonte Blüm, ein Beitrag, der nicht geringer zu schätzen sei als der wirtschaftliche.

Blüm erinnerte daran, daß kurz nach der Vertragsunterzeichnung Ende des Jahres 1961 bereits 6.100 türkische Arbeitnehmer hierzulande arbeiteten. Im Verlaufe

Vor 30 Jahren wurden die ersten Verträge über die Anwerbung türkischer Arbeitnehmer abgeschlossen

der letzten drei Jahrzehnte habe sich die Gruppe der türkischen Arbeitnehmer zum größten Kontingent ausländischer Arbeitskräfte in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt. Von den rund zwei Millionen ausländischen Arbeitnehmern waren im vergangenen Jahr 616.000 Türken.

Die weit überwiegende Mehrheit aller Deutschen will, daß unser Land ausländerfreundlich bleibt. Sie freut sich auf weiterhin gute Nachbarschaft am Arbeitsplatz, in Vereinen und Verbänden, in Wirtschaft und Gesellschaft, überall, wo täglich menschliche Begegnungen mit unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern stattfinden. ■

Beschleunigungsgesetz

Verkehrsinfrastruktur in den neuen Ländern jetzt zügig verbessern

Eine der vordringlichsten Aufgaben ist die rasche Verbesserung der Verkehrswege in den neuen Bundesländern. Das Verkehrsaufkommen ist dort infolge der deutschen Einigung und der Öffnung Osteuropas erheblich angestiegen und wird sich im Zuge des EG-Binnenmarktes weiter verstärken.

Die Verkehrswege, die sich größtenteils in völlig desolatem Zustand befinden, sind diesen Anforderungen nicht gewachsen. Darüber hinaus sind sie fast ausnahmslos auf einen Nord-Süd-Verkehr ausgerichtet, weniger auf einen Ost-West-Verkehr. Es fehlt eine ausreichende Einbindung in das europäische Verkehrsnetz.

Eine funktionsfähige Verkehrsinfrastruktur ist aber eine entscheidende Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung in den neuen Bundesländern. Die Frage nach der Verkehrsanbindung hat bei Investitionsentscheidungen hohe Priorität. Jeder Zeitverlust bedeutet gleichzeitig eine Verlangsamung des Wirtschaftsaufschwungs und eine Verlängerung der angespannten Arbeitsmarktsituation.

Entscheidend ist also, daß die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur zügig vorgeht. Das geht nur im Wege einer allgemeinen Planungsbeschleunigung. Planungs- und Genehmigungszeiten von 10 bis 15, bisweilen sogar 20 Jahren, wie sie in den alten Bundesländern nach geltendem Planungsrecht üblich sind, können für uns nicht leisten. Das ist für die Bürger in den neuen Ländern unzumutbar.

Bundesverkehrsminister Günther Krause hat daher ein Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz (kurz: Beschleunigungsgesetz) erarbeitet, das Anfang November vom Deutschen Bundestag verabschiedet wurde und nun dem Bundesrat vorliegt.

Mit diesem Gesetz sollen die Planungsverfahren für den Aus- und Neubau von Bundesverkehrswegen in den neuen Bundesländern sowie deren Anbindung an das alte Bundesgebiet vereinfacht und verkürzt werden. Die bisherigen Planungszeiten von 10 bis 20 Jahren können so auf 3 bis 5 Jahre reduziert werden.

Planungszeiten verkürzt

Das Beschleunigungsgesetz wird für alle Planungen beim Bundesverkehrswegebau in den neuen Bundesländern gelten. Es soll vor allem bei der Schiene Elektrifizierungen und Linienbegradigungen, bei der Straße den Bau von Ortsumgehungen und bei der Wasserstraße Ausbauvorhaben zügiger als bisher ermöglichen. Es wird außerdem auch für den Öffentlichen Personennahverkehr wie z.B. im Straßenbahn- oder U-Bahnbau gelten.

Die Linienbestimmung für alle Bundesverkehrswege wird nach dem Beschleunigungsgesetz beim Bundesminister für Verkehr konzentriert. Das Planfeststellungsverfahren wird durch die Einführung von Fristen für die Auslegung der Pläne und die Stellungnahme von Behörden beschleunigt. Das verwaltungsgerichtliche Verfahren wird auf eine Instanz (Bundesverwaltungsgericht) verkürzt.

Neue Bundesländer

In vielen Branchen geht es deutlich aufwärts

Zu den SPD-Äußerungen zur Wirtschafts- und Treuhandpolitik für die neuen Bundesländer erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Matthias Wissmann:

Die Kritik der SPD an der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung geht an der Realität in den neuen Bundesländern vorbei. Der notwendige Strukturwandel von der sozialistischen Kommandowirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft vollzieht sich in atemberaubendem Tempo. Nur 19 Monate nach Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion geht es in vielen Branchen bereits deutlich aufwärts. Getragen wird diese Entwicklung von einer gewaltigen Investitionswelle der öffentlichen Hand, Bahn und Post sowie der privatisierten und neu gegründeten Unternehmen:

- Die Bauwirtschaft entwickelt sich mit Auftragszuwächsen von 30 bis 50

Prozent zur Konjunkturlokomotive für die ost-deutsche Wirtschaft.

- Bis zur Jahresmitte 1991 wurden nahezu 500.000 kleine und mittlere Betriebe in Handel, Handwerk sowie im Dienstleistungsbereich angemeldet.

- Das Eigenkapitalhilfeprogramm zur Förderung selbständiger Existenzen in den neuen Bundesländern läuft auf „vollen Touren“. 1991 wurden bis September bereits rund 37.000 Vorhaben mit einem bewilligten Kreditvolumen von über 2,2 Mrd. DM gefördert. Die geförderte durchschnittliche Investitionssumme betrug dabei rund 185.000 DM.

- Die Boom-Nachfrage nach ERP-Krediten zur Förderung von Existenzgründungen und Investitionen in den neuen Bundesländern ist ebenfalls ungebrochen. Die Zahl der Zusagen liegt insgesamt bei 119.000 mit einem Zusagevolumen von rund 12,1 Mrd. DM.

Den Ländern wird es ermöglicht, auf ein förmliches Raumordnungsverfahren zu verzichten. Es bleibt ihnen überlassen, ob sie zur Prüfung der Raumverträglichkeit ein formelles Verfahren durchführen wollen oder ohne besonderes Verfahren das Vorhaben prüfen.

Bei dem Beschleunigungsgesetz handelt es sich um ein reines Verfahrensgesetz, das der Straffung und Entbürokratisierung von Verwaltungsverfahren dient. Entgegen weit verbreiteten Behauptungen, bedeuten die beschleunigten Verfahren jedoch keine Einschränkung der Bürgerbeteiligung und der Umweltverträglichkeitsprüfung. Qualitativ gibt es keine Abstriche.

Wer wie die SPD dieses Gesetz ablehnt, muß sich fragen lassen: Wollen wir wirklich potentielle Investoren darauf vertrauen, daß sich die Standortbedingungen in Rostock, Leipzig oder Cottbus in vielleicht erst 10 bis 15 Jahren entscheidend verbessern werden?

Die CDU fordert alle diejenigen, die die geplanten Maßnahmen bisher ablehnen, auf, ihren Widerstand, der zu Lasten des Wirtschaftsaufschwungs und damit zu Lasten der Menschen in den neuen Bundesländern geht, einzustellen.

Obergrenze für Arzneimittel-Zuzahlung

Der Deutsche Bundestag hat am 30. Oktober 1991 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen ein Gesetz beschlossen, nach dem die ursprünglich für den 1. Januar 1992 vorgesehene 15prozentige Zuzahlung für nichtfestbetragsfähige Arzneimittel auf den 1. Oktober 1992 verschoben wird. Zudem wird die Obergrenze für die Zuzahlung von 15 Mark auf 10 Mark abgesenkt. Dies bedeutet konkret:

- Die heute geltenden Zuzahlungsregelungen für Arzneimittel (3 Mark alte Bundesländer, 1,50 Mark neue Bundesländer) werden bis zum 30. September 1992 verlängert.
- Die für die Sozialklausel maßgeblichen Einkommensgrenzen für Arzneimittel werden in den neuen Bundesländern an das Niveau der alten Bundesländer angeglichen.
- Für die weiteren Zuzahlungsregelungen bleibt es bei der im Einigungsvertrag festgesetzten Rechtsgrundlage.
- Ab 1. Juli 1992 fällt die Halbierung der Zuzahlung in den neuen Bundesländern für Zahnersatz, Fahrtkosten, Kuren und Heilmittel weg.
- Die unterschiedlichen Härtefallgrenzen in West und Ost bleiben für diesen Bereich bestehen.

Der Gesetzentwurf enthält somit unter anderem folgende Regelungen und Verbesserungen:

- Festbetragsfähige Arzneimittel bleiben grundsätzlich zuzahlungsfrei.
- Bei Arzneimitteln bis zu 20 Mark sind die Belastungen für die Versicherten geringer als bei der noch gültigen Rezeptblattgebühr von 3 Mark. Dies gilt

immerhin für etwa die Hälfte aller zuzahlungspflichtigen Verordnungen.

- Gegenüber der nach dem Gesundheitsreformgesetz vorgesehenen Regelung (15 Prozent und höchstens 15 Mark für jedes nichtfestbetragsfähige Arzneimittel) werden weitere 13 Prozent der Arzneimittel billiger, weil die Zuzahlungshöchstgrenze nur 10 Mark beträgt.
- Bis zum 1. Oktober 1992 können weitere 10 Prozent des Arzneimittelmarktes in die Festbetragsregelung einbezogen werden. Dies bedeutet, daß ab Oktober 1992 Zuzahlungen nur noch für ungefähr die Hälfte des Arzneimittelmarktes erforderlich sein werden.
- Mit Blick auf die Belastung von älteren Menschen, chronisch Kranken und Rentnern ist festzuhalten, daß bei fast allen Indikationsgruppen, die im Alter besonders häufig verordnet werden, bereits Festbetragsarzneimittel zur Verfügung stehen. Lediglich bei Broncholytika (Antiasthmatica) sowie bei Magen-Darm- und Venenmitteln ist die Zahl der Wirkstoffe mit Festbetrag noch gering.

Mehr war nicht zu erreichen

Paul Hoffacker, gesundheitspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Wenn auch die nunmehr gefundene Regelung für die Union nicht zufriedenstellend sein kann, stellt sie wegen der unnachgiebigen Haltung der FDP die Obergrenze des Erreichbaren dar. Hätte man sich auf keinen Kompromiß verständigen können, wäre — wie nach dem Gesundheitsreformgesetz vorgesehen — ab 1. Januar 1992 eine 15prozentige Zuzahlung mit einer Zuzahlungsobergrenze von 15 Mark für alle nichtfestbetragsfähigen Arzneimittel in Kraft getreten. ■

Positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in ganz Deutschland

Zu den neuesten Arbeitsmarktdaten hat der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Julius Louven, folgende Stellungnahme abgegeben:

In den alten Bundesländern hat die Arbeitslosenzahl im Oktober zum zweiten Mal in 1991 die Marke von 1,6 Millionen unterschritten. Bei der Zahl der Erwerbstätigen war bereits im September ein neuer Rekord zu verzeichnen. Im Oktober hat es offenbar einen weiteren Anstieg der Erwerbstätigkeit gegeben. Die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung insgesamt ist im bisherigen Verlauf der zweiten Jahreshälfte 1991 besser, als noch im Frühjahrsgutachten 1991 der Wirtschaftsforschungsinstitute prognostiziert worden war; es wurde ein Anstieg der Arbeitslosigkeit in der zweiten Jahreshälfte 1991 erwartet, der nicht eingetreten ist.

In den neuen Bundesländern ist die Arbeitslosigkeit im Oktober trotz deutlichen Rückgangs der Zahl der Kurzarbeiter nur geringfügig angestiegen, nachdem sie im August und September zurückgegangen war. Die Arbeitslosigkeit ist derzeit viel niedriger, als noch vor wenigen Monaten allgemein befürchtet wurde. Dies ist u. a. darauf zurückzuführen, daß

- das arbeitsfördernde Instrumentarium der Bundesanstalt für Arbeit voll greift,
- bereits jetzt viele zusätzliche neue Arbeitsplätze in neuen oder konsolidierten Betrieben entstehen.

In den alten Bundesländern muß in den nächsten Monaten mit einer im Spätherbst und Winter üblichen Zunahme der Zahl der Arbeitslosen gerechnet werden,

wobei das Ausmaß stark vom Ablauf der Witterungsverhältnisse bestimmt ist. Dies gilt besonders für Mittel- und Hochgebirgsregionen. Im Frühjahr 1992 dürfte die Arbeitslosigkeit allmählich zurückgehen.

Die Erwerbstätigenzahlen können im Verlauf des Jahres 1992 auf einen neuen Rekord von über 30 Millionen ansteigen, wenn entsprechend der Prognose im Herbstgutachten 1991 der Wirtschaftsforschungsinstitute die Erwerbstätigenzahlen im Jahresdurchschnitt 1992 um 350.000 gegenüber 1991 anwachsen.

In 1991 dürfte die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl unter 1,7 Millionen liegen; das sind rund 200.000 Arbeitslose weniger als im Jahresdurchschnitt 1990.

In den neuen Bundesländern muß vorläufig mit einer erheblichen Zunahme der Arbeitslosigkeit gerechnet werden, besonders zum Jahresende 1991, weil dann viele Kurzarbeiter in Arbeitslosigkeit übergeleitet werden dürften. Diese zunächst unvermeidbare Entwicklung wird erheblich durch ein höheres Niveau der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und durch steigende Zahlen der Teilnehmer an beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen und durch Inanspruchnahme von Altersübergangsgeld gebremst. Eine zusätzliche Entlastung des Arbeitsmarktes ist auch künftig durch weitere Zunahme der Zahl der Berufspendler in die alten Bundesländer zu erwarten. Im Verlauf des Jahres 1992 kann in den neuen Bundesländern mit einer allmählichen Besserung der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung gerechnet werden.

Stasi-Schnüffeleien sollen nicht auch noch wirtschaftlich genutzt werden

Zur Diskussion über das Stasi-Unterlagen-Gesetz erklärten die Abgeordneten Johannes Gerster (CDU/CSU), Burkhard Hirsch (FDP) und Rolf Schwanitz (SPD):

Die Behauptung, im Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes werde die Presse einer Zensur unterworfen, ist falsch. Es enthält vielmehr folgende Regelungen:

- Wer sich rechtswidrig Akten des Staatssicherheitsdienstes beschafft hat, muß sie der Sonderbehörde zurückgeben. Das gilt auch dann, wenn er dafür viel Geld bezahlt hat. Diese Rückgabe ist nötig, weil sonst das in der Akte dargestellte, vom Stasi beschnüffelte Opfer nicht rehabilitiert werden kann, und weil sonst der sich aus der Akte ergebende Täter und Denunziant nicht erkannt werden kann. Wir wollen nicht, daß das dem Opfer gestohlene Privatleben gestohlen bleibt.

Weitergabe selbstverständlich

- Jedes Opfer kann „seine“ Akte einsehen, Kopien bekommen, und kann aus der Akte sowohl den Denunzianten wie den Stasi-Täter erkennen. Er kann diese Akten über Täter und Denunzianten der Presse und den Medien weitergeben, und diese können selbstverständlich veröffentlicht werden.
- Jede Information, die der Presse von einem Informanten über den Staatssicherheitsdienst zugetragen wird, kann sie im Rahmen der allgemeinen Pressegesetze veröffentlichen. Über die Herkunft der Information steht der Redaktion das volle und uneingeschränkte Zeugnisverweigerungsrecht zu. Die Presse kann

allerdings nicht gestohlene oder sonst rechtswidrig beschaffte Akten im Faksimile veröffentlichen.

- Die Presse hat das volle Zugangsrecht zu den in der Sonderbehörde aufbewahrten Akten, bei Personen der Zeitgeschichte und Amtsträgern in ihrer Funktion als Mitarbeiter oder Beschäftigte des MfS unter voller Namensnennung. Dabei hat die Sonderbehörde lediglich zu prü-

Abgeordnete von CDU/CSU, FDP und SPD sind sich einig: Die berechtigten Interessen der Öffentlichkeit und der Medien sind im Stasi-Unterlagengesetz gewahrt.

fen, ob schutzwürdige Interessen der Betroffenen angemessen gewahrt werden. Wir wollen nicht, daß rechtswidrig erschnüffelte Details z. B. aus dem Intim- oder Privatleben veröffentlicht werden. In einem Rechtsstaat würde es solche Akten nämlich überhaupt nicht geben. Aber abgesehen von diesen Begrenzungen ist der Zugang zu den Informationen und den Akten auch für die Presse frei, die sie auch veröffentlichen kann.

Wir sind der Auffassung, daß damit die berechtigten Interessen der Öffentlichkeit und der Medien gewahrt sind. Wir wollen allerdings nicht, daß die widerlichen und beispiellosen Schnüffeleien des Staatssicherheitsdienstes zum Schaden der Opfer auch noch wirtschaftlich genutzt werden, wenn daran kein besonderes öffentliches Interesse besteht. ■

Junge Union will sich fit machen für die Erneuerung der Union

„Wir sind ein Volk. Wir sind eine Welt!“ Unter dieser Überschrift fand Anfang November in Trier der JU-Deutschlandtag 1991 statt. 277 Delegierten und rund 100 Gästen rief der JU-Bundesvorsitzende Hermann Gröhe in seiner Rede zu Beginn des Kongresses zu: „Die Junge Union macht Dampf für junge Leute in ganz Deutschland!“ Das Motto des Deutschlandtages bringe bereits zum Ausdruck, daß für die JU die Gestaltung der inneren Einheit und die Wahrnehmung der gewachsenen internationalen Verantwortung untrennbar zusammengehören, so der Chef von rund 200 000 JUIerinnen und JUIern.

Den Einsatz für den Aufbau einer pluralistischen und demokratischen Jugendarbeit in den neuen Bundesländern bezeichnete Gröhe als einen Schwerpunkt der zurückliegenden und künftigen JU-Arbeit. Gemeinsam mit Jugendministerin Angela Merkel und den Mitgliedern der Jungen Gruppe in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sei die Junge Union die „Jugendlobby“ in Deutschland, die zunehmend auch von den Jugendverbänden als Ansprechpartner für ihre Anliegen betrachtet werde. Der 30jährige brachte es so auf den Punkt: „Demokratische Jugendarbeit wollen wir auch fördern, damit Dealer, Gurus und Extremisten keine Chance haben.“

Die Anschläge auf Asylheime bezeichnete Hermann Gröhe als „eine Schande für unser Land“. Die JU trete jeder Ausländerfeindlichkeit mit aller Entschiedenheit entgegen.

Gröhe ging in seinen Ausführungen jedoch auch auf die Probleme vieler

Gemeinden ein, die dadurch entstünden, daß zigtausende Menschen unrechtmäßig unter Berufung auf das Asylrecht nach Deutschland kämen. Es gelte, zum einen das Grundgesetz zu ändern, zum anderen müßten die Verfahren beschleunigt und in Europa müsse ein einheitliches Asylrecht geschaffen werden.

Es sei notwendig, den Menschen zu Hause zu einem besseren Leben zu verhelfen und Fluchtursachen zu beseitigen: „Wir stehen auf der Seite des Völkerrechts“, sagte der JU-Bundesvorsitzende und betonte in diesem Zusammenhang, daß Klartext und nicht Leisetreterei gefordert sei, wenn es um Menschenrechte gehe: „Wenn Pinochets Anhänger bei der Rede Helmut Kohls den Saal ver-

Der Deutschlandtag der Jungen Union in Trier beschloß Leitanträge zur Entwicklungspolitik und zur Situation ostdeutscher Jugendlicher.

lassen, ist das kein peinlicher Eklat. Ihr Beifall wäre peinlich gewesen. Auf die klaren Worte Helmut Kohls sind wir stolz!“

Lob zollte Hermann Gröhe auch Generalsekretär Volker Rühle für die von ihm initiierte Erneuerungsdiskussion in der CDU der neuen Länder. Die Erneuerung und die Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit hätten dort große Fortschritte gemacht, seien aber keinesfalls abgeschlossen. Selbstgerechtigkeit, Verallgemeinerungen, aber auch Beschönigungen seien fehl am Platz, „Besser-Wes-

sis“ erteilte er eine klare Absage. Ehrliche Hilfe sei vonnöten. So habe ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit des JU-Bundesverbandes in der Unterstützung der Arbeit der neuen Landesverbände gelegen.

Größe übte auch Kritik am Zustand der Union, sparte jedoch die Junge Union nicht aus. Viele Orts- und Kreisverbände in den alten Bundesländern seien „überaltert und wahnsinnig männlich“. Sie bedürften dringend einer Reaktivierung. Die JU forderte er auf, wieder häufiger vor die Schultore und in die Jugendzentren zu gehen. Sie brauche mehr politische Diskussion, auch Sachkontroverse: „Auch wir sollten unsere Arbeit selbstkritisch prüfen und uns fit für die Erneuerung der Union machen.“

Ein Schwerpunkt des JU-Deutschlandtages: Entwicklungspolitik

Fünf Foren wurden eingerichtet, kompetente Referenten standen zu den Themen „Globaler Umweltschutz“, „Entwicklung braucht Demokratie“, „Frauen und Kinder — doppelt benachteiligt“, „Gerechtigkeit im Welthandel“ sowie „Entwicklungshilfe konkret“ Rede und Antwort. Zuvor konnte die Junge Union den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Carl-Dieter Spranger, als Einführungsreferenten gewinnen. Spranger dankte der JU dafür, daß sie sich des Bereichs der Entwicklungspolitik annehme. Dies entspreche der größeren Verantwortung des wiedervereinigten Deutschlands gegenüber den Entwicklungsländern.

Hilfe für notleidende Menschen in der Dritten Welt sei und bleibe eine moralische Verpflichtung, die Entwicklungspolitik müsse in Zukunft einen höheren Stellenwert erhalten, — ein Anspruch,

dem die Junge Union in ihrem Leit Antrag durch die Forderung nach einer Erhöhung der Entwicklungshilfe von derzeit 0,4 Prozent bis zum Jahr 2000 stufenweise auf ein Prozent gerecht werde.

Der Minister bekräftigte den Willen der Bundesregierung, die deutsche Entwicklungshilfe stärker an Kriterien wie Einhaltung der Menschenrechte, Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit, Umweltschutz, Reduzierung überzogener Rüstungsausgaben und einer „marktfreundlichen Wirtschaftsordnung“ in den Empfängerländern auszurichten. Der Norden müsse aber Handelsschranken abbauen und ein faires und marktorientiertes Handelssystem schaffen.

Spranger bekräftigte weiter, die Bundesregierung trete für einen Schuldenerlaß für die ärmsten Länder ein, was jedoch im Vorfeld eine genaue Prüfung der Schulden situation des jeweiligen Landes voraussetze.

Trierer Erklärung — Gleiche Chancen für junge Leute in Deutschland

Neben dem entwicklungspolitischen Leit Antrag „Wir sind ein Volk. Wir sind eine Welt!“ legten die fünf neuen Landesverbände aus der ehemaligen DDR gemeinsam mit dem Berliner JU-Landesverband eine „Trierer Erklärung“ vor. Hierin wird gefordert, in allen neuen Bundesländern ein gegliedertes Schulsystem einzuführen unter Einbeziehung freier Träger. Die Schulen seien angemessen mit Lehr- und Lernmitteln auszustatten.

Bei den Menschen, die sich nichts zu schulden kommen ließen, müßten bisher geleistete Berufsjahre anerkannt werden, dies gelte auch für Schul- und Bildungsabschlüsse. Sofern sie Ausdruck eines politischen Wohlverhaltens waren, fordert das Papier hingegen eine Aberken-

nung von Titeln und Auszeichnungen. Die BAföG-Sätze und Stipendien müßten auf westdeutsches Niveau angehoben werden, lautet eine weitere Forderung. Resignation, Desintegration, Radikalismus und Anfälligkeit für Drogen und Sekten unter Jugendlichen sei das Ergebnis mangelnder Betätigungsmöglichkeiten im Freizeitbereich.

Bundesinnenminister Schäuble vertrat den Bundeskanzler

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble vertrat Bundeskanzler Helmut Kohl, sonst Stammgast des JU-Deutschlandtages, der jedoch in diesem Jahr seine Teilnahme wegen des schweren Autounglücks seines Sohnes Peter absagen mußte.

Die Asyldebatte, der Krieg in Jugoslawien, Maßnahmen für den Schutz des ungeborenen Lebens und vieles mehr waren Themen, zu denen der Innenminister klare Antworten zu geben mußte. Zu Beginn sah er sich der einstimmigen Resolution der JU konfrontiert, die sofortige Anerkennung Kroatiens und Sloweniens fordert.

Der Bürgerkrieg in Jugoslawien müsse sofort beendet und könne von Europa nicht toleriert werden, sagte der desi-

gnierte CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende. Die Bundesrepublik müsse von Alleingängen absehen. Das Grundgesetz müsse aber dahingehend geändert werden, daß Deutschland innerhalb einer internationalen Streitmacht seinen Beitrag zur Beilegung des Konfliktes leisten kann. Zur Asyldebatte sagte Schäuble: Deutschland bleibe ein ausländerfreundliches Land; trotzdem müsse man Maßnahmen ergreifen, um einem massenhaften Mißbrauch des Asylrechts zu begegnen. Wichtig sei die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern und die Änderung des Grundgesetzartikels 16.

Personelle Änderungen im JU-Bundesausschuss

Der neue stellvertretende JU-Bundesausschussvorsitzende heißt Aribert Wolf, ein 31-jähriger Rechtsanwalt aus Bayern. Er tritt die Nachfolge von Joachim Hermann an, der bereits im Vorfeld des Deutschlandtages sein Amt wegen des Erreichens der JU-Altesgrenze zur Verfügung gestellt hatte. Der Bundesausschussvorsitzende der JU Deutschlands, Gröhe, bezeichnete Hermann als „eine wahre Institution in der JU“. Hierfür danke er ihm nicht nur als Bundesausschussvorsitzender, sondern auch als Freund.

Rawe bleibt Chef der CDU-Landesgruppe NRW

Die nordrhein-westfälischen Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben den Vorsitzenden ihrer Landesgruppe, den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundespostministerium, **Willi Rawe**, bei nur einer Gegenstimme in seinem Amt bestätigt. Bei ebenfalls einer Gegenstimme wurde Rawes Stellvertreter, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende,

Hans-Peter Schmitz (Baesweiler) wiedergewählt.

Zu Beisitzern wählten die Abgeordneten **Paul Breuer** als Vertreter des Bezirks Sauer-Siegerland, **Hubert Doppmeier** (Ostwestfalen-Lippe), **Julius Louven** (Niederrhein), **Erwin Marschewski** (Ruhrgebiet), **Franz Möller** (Mittelrhein) und **Wolfgang Schulhoff** (Bergisches Land).

EAK-Deutschland-Forum am 9. November in Dresden

Peter Hintze: Sozialistische Ausbeutung der Umwelt überwinden

Über 500 engagierte Christen — in der Mehrzahl aus den neuen Bundesländern — diskutierten auf dem 3. Deutschland-Forum des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Dresden das Thema: „Die Schöpfung bewahren — Gemeinsam Verantwortung übernehmen“. Schwerpunkt der Beratungen war die Frage, wie die schlimme Erblast des Sozialismus in Sachen Umwelt zu überwinden sei.

Wie der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf in seiner Rede deutlich machte, muß sich die CDU bei der Formulierung ihres neuen Grundsatzprogramms der Radikalität der Herausforderungen durch die Radikalität ihrer Antworten würdig erweisen. Die Marktwirtschaft biete dafür Instrumente und Strukturen. Appelle allein seien nicht ausreichend.

Ethik des Bewahrens

Der EAK-Bundesvorsitzende Peter Hintze wies auf die ethische Dimension des Themas hin. Dem Schöpfungsauftrag Gottes entspreche auch eine Schöpfungsbewahrungszusage. Der Mensch müsse dem aber auch in seinem Handeln entsprechen. Der Sozialismus habe in menschenverachtender Weise die Zerstörung der Umwelt in Kauf genommen, um seine Industrieproduktion zu steigern und um Devisen zu beschaffen. „Es kommt jetzt darauf an, daß wir wieder zu einer Ethik der Verantwortung und des Bewahrens gegenüber Menschen und Umwelt zurückfinden“, so Peter Hintze in Dresden.

In zwei sich anschließenden Gesprächsrunden diskutierten Vertreter von Kirche, Wirtschaft und Politik über bereits erreichte Verbesserungen und über dringend gebotene Sanierungsmaßnahmen.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Bertram

Peter Hintze: Mit dem Niedergang des Sozialismus hat auch die menschenverachtende Umweltzerstörung ein Ende.

Wieczorek, erklärte, daß zunächst nur Schäden repariert werden konnten, und betonte die Notwendigkeit einer vorausschauenden und vorbeugenden Umweltpolitik.

Der sächsische Sozialminister und Stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende, Hans Geisler, erinnerte an den ganzheitlichen Anspruch des Bewahrens der Schöpfung und appellierte an jeden einzelnen, in seinem Lebens- und Arbeitsbereich konkret Verantwortung zu übernehmen.

Für den EAK-Landesverband Sachsen sprach der Landtagsabgeordnete Dietmar Franke abschließend die Hoffnung aus, daß sich die in den Zeiten des Umbruchs bewährte Zusammenarbeit unterschiedlicher politischer und kirchlicher Basisgruppen im Umweltbereich auch künftig fortsetzen läßt. ■

Vorläufige Tagesordnung

des 2. Parteitags der CDU Deutschlands 14. bis 17. Dezember 1991 in Dresden

Samstag, 14. Dezember 1991

17.00 Uhr: Sitzung des Präsidiums

18.00 Uhr: Sitzung des Bundesvorstands

20.00 Uhr: Empfang für die Presse

Sonntag, 15. Dezember 1991

Möglichkeit zum Besuch eines Gottesdienstes

14.00 bis ca. 22.00 Uhr:

Beginn des 2. Parteitages der CDU Deutschlands

► Eröffnung und Begrüßung:
Bundeskanzler Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU Deutschlands

Geistliches Wort

Regularien: u. a.

► Änderung des Bundesstatuts (§ 28, Änderung des Delegierten-schlüssels)

► Wahl des Tagungspräsidiums

► Beschlußfassung über die Tagesordnung

► Bestätigung der Antragskommission

► Wahl der Mandatsprüfungskommission

► Wahl der Stimmzählkommission

Grußworte

Berichte:

► Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands

► Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands

► Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

► Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments

► Die nach § 23, Abs. 2 Parteiengesetz erforderliche Vorlage des Rechenschaftsberichtes 1989

Aussprache zu den Berichten

Nachwahlen zum Präsidium und Bundesvorstand

Montag, 16. Dezember 1991

9.00 Uhr: **Plenarsitzung**

► Einbringung des Leitantrages

10.45 bis 14.30 Uhr: **Durchführung der Foren**

15.00 bis 20.00 Uhr: **Plenarsitzung**

► Berichte aus den Foren

► Beratung zum Leitantrag und Beschlußfassung

21.00 Uhr: **Sächsischer Abend**

Dienstag, 17. Dezember 1991

9.00 Uhr: **Plenarsitzung**

► Fortsetzung der Antragsberatung und Beschlußfassung

13.00 Uhr: Schlußwort des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Helmut Kohl.

**Jetzt bestellen:
Für Weihnachten
und Winter**



Advents- und
Weihnachts-
lieder

- **Advents- und Weihnachtslieder**
Bestell-Nr.: 2867
Verpackungseinheit: 25 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 18,75 DM.
- **Weihnachtsposter DIN A1**
Bestell-Nr.: 8013
Verpackungseinheit: 50 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 18,50 DM.
- **Weihnachtspostkarte DIN A6**
Bestell-Nr.: 9453
Verpackungseinheit: 100 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 9,90 DM.
- **Winter-Puzzle**
Bestell-Nr.: 9880
Verpackungseinheit: 25 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 25,— DM.



- **Weihnachtsmobile zum Selberbasteln**
Bestell-Nr.: 9204
Verpackungseinheit: 50 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 22,30 DM.



Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum,
Postfach 1328,
4804 Versmold**

Preise zuzüglich Mehrwertsteuer
inklusive Versand.



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Die neue Weihnachts-CD der CDU mit Weihnachtsliedern aus aller Welt ist eine musikalische Weihnachtsreise durch die Länder dieser Erde mit dem Philharmonic Chamber Orchestra: Lieferbar ab 2. Dezember 1991. Bestell-Nr.: 9450, Verpackungseinheit: 5 Exemplare, Preis je 5 Exemplare: 32,— DM. — Poster und Postkarte mit dem Motiv dieser CD sowie weitere Artikel zum Thema Weihnachten siehe Seite 35.

UiD

35/91

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.